Polnische Pressestimmen

Uebersetzungen aus den stets neuesten polnischen Zeitungen aus Kongreßpolen, Posen, Westpreußen u. Oberschlesien auch unter Berücksichtigung der Berliner, Danziger u. westdeutschen polnischen Zeitungen.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Bezugspreis mit Bestellgeld monatlich Mk. 10,00, vierteljährlich Mk. 30.00.

Verlag: „Polnische Pressestimmen". Schriftleitung: Max Bomme.
Druck: Schlesische Volkszeitung, Druckerei und Verlag, G. m. b. H.
Sämtlich in Breslau. Postscheckkonto des Verlags Nr. 26 444.

Nr. 76. Breslau, den 18. Juli 1921. 3. Jahrgang.

Die neuen schamlosen Angriffe der chauvinistischen polnischen oberschlesischen Presse aus Anlaß des Hirtenbriefes des päpstlichen Delegierten Monsignore Ogno.

Politische Umschau.

Die Regierungsparteien des polnischen Landtages fordern in einem Briefe an den Ministerpräsidenten Witos den Rücktritt des Ministers Kucharski für das ehemalige preußische Teilungsgebiet, der der Oppositionspartei angehört.

(„Dziennik Poznański", Posen, vom 12. Juli 1921. Nr. 138.)

Warschau. Die Zentrums- oder Regierungsparteien haben an den Ministerpräsidenten Witos einen Brief gerichtet, in dem sie die Abberufung des Ministers für das ehemalige preußische Teilungsgebiet, als Mitglied der Opposition, fordern. Diese Forderung steht in Verbindung mit der Enthaltung der nationalen Arbeiterpartei von der Abstimmung während des Finanzprojektes der Regierung, wodurch das Kabinett gerettet wurde.

(P. P.)

Die Unifizierung der ehemaligen preußischen Provinz mit dem übrigen Polen, ab 1. September durch den Ministerrat endgültig beschlossen.

(„Dziennik Poznański", Posen, vom 12 Juli 1921, Nr. 138.)

P. A. T. meldet, daß der Ministerrat weiter das Staatsbudget durchgesehen hat und das Budget des Ministeriums für für das ehemalige preußische Teilungsgebiet, für das Finanz-, Kriegsministerium und Ministerium für öffentliche Arbeiten bestätigte. **Der Ministerrat hat bei der Durchsicht des Budgets für das ehemalige preußische Teilungsgebiet beschlossen, die ehemalige preußische Provinz mit dem 1. September d. Js. der allgemeinen Verwaltung der Republik einzuverleiben.** In erster Linie soll die Unifizierung betreffs der Finanzverwaltung erfolgen. (P. P.)

Die bevorstehende Demission des Ministers für das ehemalige preußische Teilungsgebiet.

(„Goniec Krakowski", Krakau, vom 9. Juli 1921, Nr. 138)

bestätigt die Nachricht über die baldige Demission des Ministers für das ehemalige preußische Teilungsgebiet Kucharski und kündigt gleichzeitig die Demission des Posener Wojewoden Zeligowski, eines Führers der Nationaldemokratie an.

(Przegląd Wieczorny Nr. 151.) (P. P.)

Die polnische Presse über die Note Sowjetrußlands an Polen. Der Ton der Note wird von sämtlichen Blättern als schamlos und herausfordernd bezeichnet.

(„Dziennik Poznański", Posen, vom 12. Juli 1921, Nr. 138.)

Das, was wir Bolschewismus nennen, ist keinesfalls eine russische Schöpfung, sondern ein Riesenexperiment der umstürzlerischen Internationale. Der Bolschewismus beschränkt sich nicht auf ein gewisses Gebiet, er kann dies nicht tun, denn sonst würde er sich selbst verraten, mit eigenen Händen erwürgen. Bolschewismus ist Agitation, Imperialismus, Kampf, Negierung jeglicher Verträge, eine brutale, zynische und blutige Nichtbeachtung aller ethischen Praktiken und der sozialen Form und Bedingungen, die sozialistischen und kommunistischen nicht ausgeschlossen, sobald sie dem irrigen Grundsatz der Gleichstellung aller Menschen unter der gemeinsamen Peitsche einiger erwählter Henker im Wege stehen. **Der Bolschewismus kann nicht ruhig stehen, das würde seinen Tod bedeuten. Er befindet sich in dauernder Bewegung. Er bewegt sich in der Richtung auf Polen und will über Polen die ganze Welt erobern.** Nachdem er Rußland ausgesogen hat, sucht er neuen Fraß. Vielleicht wird er sich auf seinem Vormarsch umbilden, oder zuvor wird er sengen, zerstören, plündern und demoralisieren. Nachdem er die Grundfesten der Moral und des menschlichen Zusammenlebens erschüttert haben wird, wird er den Boden für einen Zustand vorbereiten, der ein Geheimnis seiner Magier und Auguren ist.

Zusammen mit dem Bolschewismus gehen die Generäle des Zaren, die sich mit Trotzki verbündet haben, denn er ist heut der einzige Mann, der Rußland erhalten kann. Ihr Traum ist es, mit Hilfe der disziplinierten Armee Rußland zu befreien und Trotzki selbst bei der ersten besten Gelegenheit die Schlinge um den Hals zu legen. Der Bolschewismus erobert sich die Welt nicht nur mit Hilfe seiner roten Horden, sondern auch mit anderen Mitteln „friedlicher" Natur, zu welchen die geheime Propaganda, betrieben durch Botschafter à la Krassin und sogenannte Handelsagenten, die sehr geschickt mit Gold operieren und die offene Propaganda durch die Presse und mit Hilfe diplomatischer „Noten" gehören.

Der Zweck solcher Noten liegt klar auf der Hand. Als Beispiel kann hier die letzte Note Tschitscherins an die polnische Regierung dienen. In allen bolschewistischen Zentralen veröffentlicht, soll sie die einschlafende Energie der Roten Bataillone wecken. „Der Feind schläft nicht und gleich hinter der polnischen Grenze wird eine neue Konterrevolution vorbereitet." Das ist eine Aufmunterung der „Freunde" in Polen und ein Appell an die linksstehenden Abteilungen, für die der faszinierende Ausdruck „Konterrevolution" immer Eigenschaften einer Realtion besitzt, selbst wenn ihre Spitze gegen den anarchistischen Kommunismus gewendet ist. Andererseits will man durch solche Manöver Eindruck erwecken und die Feinde einschüchtern.

Diesmal hat aber Tschitscherin fehlgeschlagen und muß eine Antwort erhalten, die er verdient hat.

In der bolschewistischen „Regierung" figurieren zwei Polen, Dzierzycki und Marchlewski, auf dem Moskauer Pflaster arbeitet eine „polnisch-bolschewistische" Regierung, die für den Fall eines Umsturzes gebildet ist und hunderte bolschewistischer Emissäre setzen ihre ganze Kraft und Energie daran, einen solchen Umsturz herbeizuführen. In der bolschewistischen Armee gibt es „rote, polnische Regimenter" und auf dem letzten Kongreß der Internationale, der in Moskau stattgefunden hat, haben polnische „Delegierte" eine Deklaration abgegeben, in der sie die bolschewistische Armee als die „ihrige" und die polnische als eine fremde und feindliche anerkennen. Wir könnten unendlich viel solcher Beispiele und Reminiszenzen anführen, denn wir besitzen zahllose Beispiele der bolschewistischen „Ehrlichkeit". Und in ihrem Lichte würde sich die Note Tschitscherins grotesk ausnehmen, wenn sie nicht — wie wir schon oben hervorgehoben haben — Merkmale einer Propaganda besitzen würde.

Wir erwarten, daß die polnische Antwort alle diese Momente berücksichtigen und dementsprechend redigiert werden wird.

Noch eine Frage. In Warschau erscheint die russische Zeitung „Warszawskoje Slowo", die immer deutlicher bolschewistische Tendenzen vertäte. Die Tatsache, daß die Note Tschitscherins am selben Tage, an dem sie unseren Gesandten überreicht worden ist, von der „Warszawskoje Slowo" ganz veröffentlicht worden ist, ist ein besagender Beweis dafür, daß diese Zeitung in Beziehungen zu den Moskauer Stellen steht.

Tschitscherin wirft in der Einleitung der polnischen Regierung Nichteinhaltung des Rigaer Vertrages vor, was sich in der Zusammenarbeit der polnischen Behörden mit „Banden" äußern soll, die Gebiete der Sowjetrepublik überfallen. Herr Tschitscherin behauptete, daß die polnischen Behörden entgegen dem Artikel 5 des Rigaer Vertrages nicht nur bolschewistenfeindliche Organisationen auf ihrem Gebiete dulden, sondern sie sogar tatkräftig unterstützen.

Die wichtigste russische Organisation, die die größte Unterstützung der polnischen Regierung genießt, ist nach der bolschewistischen Note das sogenannte „russische politische Komitee" mit Sawinkow an der Spitze, der im engen Kontakt mit der polnischen Regierung steht und auf polnischem Territorium eine Riesenverschwörung zwecks Stürzung der Bolschewisten in Rußland vorbereitet. Das russische politische Komitee hat in Sowjetrußland einen Aufstand vorbereitet, und zwar mit Hilfe der früheren Truppen Samsinkows, Pjermykins und Balachowicz, die in Polen interniert waren, dann aber auf Grund einer Verständigung des politischen Komitees mit der polnischen Regierung auf freien Fuß gesetzt wurden. Zwecks Werbung unter den Russen in Polen, die die Formationen des politischen Komitees ergänzen sollen, ist der sogenannte „Volksverband der Verteidigung des Vaterlandes und der Freiheit" gebildet worden, der angeblich in engen Beziehungen zu der Verschwörung stand, die von den Sowjetbehörden in Petersburg aufgedeckt worden ist. **Und dies alles soll mit Wissen und Unterstützung der polnischen Regierung geschehen sein. Wir wollen nicht alle Anschuldigungen des Herrn Tschitscherins gegen uns anführen, da wir den amtlichen Text der Sowjetnote abwarten wollen, die demnächst veröffentlicht werden soll. Wir wollen nur noch die sich am Schluß der Note befindlichen „Forderungen" Tschitscherins wiedergeben die, was ihren Inhalt und ihren Ton betrifft, alle bisherigen Forderungen der Bolschewisten übertreffen.**

Die Sowjetregierung verlangt:

Die sofortige Ausweisung der beiden Brüder Sawinkow, der russischen Führer Folosolow, Miaskow, Odinec, Diethof, Derenthal und anderer Mitglieder des russischen politischen Komitees und ihrer Agenten aus Polen. Ferner die Ausweisung Petljuras, Tiutjunniks, Mordalewicz, Orlicz, Struk und anderer ukrainischer Konterrevolutionäre samt ihren Agenten Zlotzki und anderer Führer der weißrussischen konterrevolutionären Organisationen, des Obersten Gnilorybow und anderer Personen die sich an der Spitze konterrevolutionärer Kosakentruppen befinden und ihrer Agenten.

Die russische Regierung verlangt ferner die sofortige Bildung einer gemischten polnisch-russischen Kommission in Warschau mit Beteiligung der Vertreter der Sowjetrepubliken Ukraina und Weißrußland zwecks Aufstellung von Listen jener Personen, die ausgewiesen werden sollen.

Die russische Regierung verlangt die offizielle Auflösung aller Armeen und Abteilungen, die feindliche Absichten gegenüber Sowjetrußlands haben und ihre Internierung in Konzentrationslagern. Sie verlangt außerdem, daß erfolgreiche Maßnahmen getroffen werden zwecks Unterbrechung jeglichen Kontakts zwischen ihnen und den einzelnen Gruppierungen.

Die russische Regierung verlangt, daß jene polnisch-russischen Kommissionen die Kontrolle über die Durchführung der Anordnungen und Maßnahmen ausüben sollen, die die Beseitigung jeglicher Gefahr erstreben, die den Sowjetrepubliken von seiten der Konterrevolutionäre droht, die sich auf polnischem Gebiet befinden. Endlich verlangt die Regierung, daß die obige Kommission das Recht haben soll, polnische Beamte und Bürger bestrafen zu können die die Bestrebungen der russischen konterrevolutionären Organisation unterstützen. (P. P.)

Polnischer Landtag.

Die Anmeldung einer kommunistischen Fraktion im polnischen Landtage.

(„Gazeta Warszawska", Warschau, vom 9. Juli 1921. Nr. 189.)

In der Landtagskanzlei wurde die Fraktion der Kommunisten, die sich aus den Abgeordneten Lancucki und Domballa zusammensetzt, registriert. (P. P.)

Die Anklagen der nationaldemokratischen Abgeordneten im Landtage gegen die Finanzwirtschaft der Regierung.

(„Naród", Warschau, vom 8. Juli 1921, Nr. 180.)

Obiges Blatt berichtet, daß Pfarrer Lutosławski während der Landtagssitzung über die Finanzprojekte der Regierung **forderte, daß der Landtag aufgelöst wird, der sich zur Bildung einer Mehrheit und parlamentarischen Regierung nicht aufraffen kann und dadurch eine Regierung, die sich auf eine Minderheit stützt, dulden muß.** Von der heute regierenden Partei ist vor Monaten die Initiative ausgegangen, möglichst rasch Neuwahlen auszuschreiben. **Aber wenn die Partei, ohne eine Mehrheit im Landtag zu besitzen, weiter die Regierungsgewalt in der Hand hat, so ist es nicht sehr bequem, die Lebensdauer des Landtages zu verlängern. Das Bestehen der Regierung, die sich auf eine Minderheit stützt, trägt zur Verausgabung von vielen Millionen des Staatsschatzes für Parteizwecke bei, jedoch nicht zur Hebung des Kurses der Valuta; wenn aus dem Staatsschatz ohne parlamentarische Kontrolle Millionenausgaben für Organisationen wie die Grenzwehr, Parteizeitschriften und für Parteiarbeiten gemacht werden, kann bei uns keine geordnete Finanzlage eintreten.** (P. P.)

Landtagssitzung vom 9. Juli.
Debatten über die Finanzvorlage der Regierung.

(„Dziennik Poznański", Posen, vom 10. Juli 1921, Nr. 137.)

Aus dem Landtage.

Warschau, 9. Juli. **Die Stimmung im Landtage war heute sehr erregt.** Man erwartete mit Spannung das Ergebnis der Abstimmung über die Finanzvorlage der Regierung. Die Debatten über das Regierungsprojekt dauerten fast den ganzen Tag, von 12 Uhr mittag bis 7 Uhr abends. **Die Regierung hat bei der ersten Lesung 11 und bei der dritten Lesung 13 Stimmen Mehrheit erhalten. Diese Stimmen entfallen ausschließlich auf das Regierungszentrum, denn die gesamte Rechte und Linke haben gegen die Regierung gestimmt. Eventuell hätte die Regierung in der Minderheit bleiben sollen, aber die Linke, die für die Vorlage des Herrn Steckowski nicht stimmen wollte, hatte gleichzeitig keine Lust, die Regierung zu stürzen. Daher haben sich sehr viele ihrer Mitglieder der Abstimmung enthalten.** Von der Wyzwolenpartei hat fast niemand an der Abstimmung teilgenommen. Außerdem haben viele Sozialisten und nationale Arbeiter plötzlich Hunger verspürt und haben kurz vor der Abstimmung den Saal verlassen.

Warschau, 8. Juli. Zu Beginn der heutigen Sitzung ergriff das Wort Abg. Adam. Er führte aus: Die P. S. L. hat einen Dringlichkeitsantrag unter der sensationellen Ueberschrift: In der Angelegenheit der Vergewaltigung der Verfassung durch die Abgeordneten Adam und Skarbek durch Erlangung von Regierungskonzessionen zum Verkauf von Eisenbahn- und Schiffahrtskarten — gestellt. Die P. S. L. verlangt, daß der Landtag die beiden Mandate der Abgeordneten für ungültig erklären und die Regierung auffordern soll, die Konzessionen rückgängig zu machen.

Dieser Antrag wurde von einem großen Teil der Warschauer Presse veröffentlicht. In Wirklichkeit aber liegen die Dinge so: Die Landeskreditbank in Lemberg, deren Direktor ich bin, hat im Jahre 1919 u. a. beschlossen, in Polen ein großes Verkehrsbureau nach dem Muster der in allen Staaten des Westens bestehenden Verkehrsbureaus zu errichten. Zu diesem Zweck mußte man die Konzession vom Innenminister erlangen und ein Abkommen mit dem Eisenbahnministerium schließen. Die Konzession hat die Bank schon im Mai 1919 erhalten und sich verpflichtet, eine Gesellschaft zu bilden, die dieses Bureau gründen würde. In den letzten Monaten des Jahres 1919 hat die Bank die Gesellschaft „Oribus" ins Leben gerufen. Zu den Gründern gehörten auch Skarbek, Steslowicz und ich. Die Gesellschaft hat beim Eisenbahnministerium Schritte unternommen, aber aus von ihr unabhängigen Gründen wurde die

ache in die Länge gezogen. Im Februar d. Js. wurde der Vertrag unterzeichnet, und die Gesellschaft hat ihre Tätigkeit begonnen. Woher kommt im Dringlichkeitsantrag der 13. Juni 1921? Da die Konzession die Landeskreditbank erhalten hat, so mußte man die Sache in Einklang bringen, d. h. die Konzession auf die Firma „Oribus" übertragen. Dies geschah durch ein Reskript des Ministeriums vom 13. Juni d. Js. Ich frage den Landtag, kann man daraus dem Abgeordneten den Vorwurf eines unverfassungsmäßigen Handelns und der Ausnützung des Mandats zu persönlichen Vorteilen machen? Ich betrachte dies als einen gemeinen Angriff meiner Feinde. Gestern bat ich den Landtagsmarschall, die Angelegenheit dem Marschallsgericht zu überweisen, womit sich der Herr Landtagsmarschall auch einverstanden erklärt hat.

Hierauf wurde die Beratung über die Bevollmächtigung der Regierung zur Erlassung von Verordnungen, die den Geldverkehr mit dem Auslande regeln sollen, und über das Gesetz betr. die Banknotenemission und den Staatskredit fortgesetzt.

Abg. Wojdalinski bemerkt, daß ein reales Programm unserer Wirtschaft schon längst hätte ausgearbeitet sein müssen. Unsere Anstrengungen sind nicht koordiniert. **Das Merkmal unseres Budgets ist die Differenz zwischen den Ausgaben und Einnahmen, die durch die übermäßige Zahl von Beamten, Mangel Sparsamkeit und Nichtanpassung der Ausgaben an die Kaufkraft der Mark hervorgerufen wird. Der Staat zahlt nicht nur zur Verpflegung, sondern auch zur Benutzung der Eisenbahn, der Telegraphie usw. durch die Bevölkerung zu.** Ein gewisser Erfolg ist zu verzeichnen, mit dem wir uns aber nicht begnügen können. Eine Erhöhung aller Steuern bis zur Höhe der Grundsteuer ist nicht zu fürchten. Statt neue Steuern einzuführen, wäre es vorteilhafter, die schon bestehenden auszunützen. Wir fordern die Regierung zur Kassierung der unproduktiven Steuern auf. Der Finanzminister müßte in bezug auf seine Kollegen Diktator sein. Natürlich darf diese Diktatur keine mechanische sein, da sich die Staatsfinanzen lediglich auf die Zahlkraft der Bürger stützen. Polen ist nicht so arm, um nichts ausführen zu können, man muß der Ausfuhr nur die richtige Richtung geben. Die Wege zur Gesundung sind einfach, wenn auch nicht leicht. Viele Staaten haben sich in einer ähnlichen Lage befunden und überall hat man mit der Zeit durch Vergrößerder Produktion und der Ausfuhr und durch Sparsamkeit ein Gleichgewacht erreicht. Die Delegation des Völkerbundes, die den Finanzzustand des heutigen Oesterreich untersuchte, wies auf die Erhöhung der Lebensmittelpreise durch die Regierung, die Erhöhung der Gebühren und Steuern und auf die Verkleinerung des Verwaltungsapparates als das einzige Rettungsmittel hin. Anträge, wie sie die nationale Volkspartei stellt, werden uns um keinen Schritt vorwärts bringen. Es bedarf der Taten, nicht aber bloßer Phrasen.

Abg. Diamand: Die Debatte hat uns in sachlicher Hinsicht sehr wenig gegeben. Der Staat braucht notwendig irgendwelche neue Gedanken, er braucht Taten, damit der Prozeß der finanziellen Zersetzung aufgehalten wird. Das Programm des Herrn Grabski uns nichts Neues gebracht. Die Erhöhung des Eisenbahntarifs bedeutet die unmittelbare Erhöhung der Preise für Artikel des ersten Bedarfs. Dasselbe betrifft die Erhöhung der Postgebühren und der Kohlenpreise. Ich bin der Ueberzeugung, daß der Ausgangspunkt der Gesundung unserer Finanzen nicht die Einnahmen, sondern die Ausgaben sein müssen. Es müssen Bedingungen geschaffen werden, die uns die Erreichung des wirtschaftlichen Gleichgewichts ermöglichen würden. Unter den heutigen Bedingungen bedeutet der freie Handel die Entfesselung aller Kräfte, die zum Sinken der Mark und zur Erhöhung der Lebensmittelpreise führen. Meine Partei wird gegen alle Finanzvorlagen der Regierung stimmen (Beifall.)

Abg. Dymowski: **Wir haben immer wieder neue Banknotenemissionen beschlossen und jedesmal versichert, daß fortan keine Banknoten mehr gedruckt werden sollen.** Dieselbe Geschichte erleben wir jetzt wieder. Zur Gesundung der Zustände ist eine Harmonie der wirtschaftlichen Verhältnisse notwendig, wir aber leben im Zeichen der Zerrüttung. Grundlage der Emission kann nur das Nationalkapital, intensive Arbeit und das Nationalvermögen sein. **Wir haben kein Vertrauen zu den Mitteln, die der Herr Minister vorgeschlagen hat und daher werden wir gegen die Regierungsvorlage stimmen.**

Abg. Rudzinski: In der Vereinigten Staaten leben vier Millionen Polen, die während des Krieges bedeutende Ersparnisse gemacht haben. Man hätte von diesen Ersparnissen Gebrauch machen können, did polnische Regierung hat aber nichts in dieser Hinsicht getan. Solange die Regierung das Budget vorlegen wird, können wir größere Summen nicht bewilligen. Schon die formale Tatsache, daß die Regierung das Budget nicht vorgelegt hat, erlaubt uns für die Finanzvorlage der Regierung nicht zu stimmen. Meine Partei wird sich an der Abstimmung nicht beteiligen.

Nach einer Unterbrechung ergriff das Wort Abg. Stapinski, der die wirtschaftlichen finanziellen Zustände einer scharfen Kritik unterzieht und zur Unterstützung seiner Ausführungen Beispiele anführt. Er schließt seine Rede mit der Erklärung: **Es gibt für den Staat ein Mittel unsere Finanzen zu bessern. Es gibt Leute, die am polnischen Staat und in Polen Hunderte von Millionen verdient haben.** Es muß eine Möglichkeit geben zu diesen Geldvorräten zu gelangen. Möge der Herr Minister dreist in die Beutel langen, die mit dem Unrecht der Bürger vollgestopft sind.

Abg. Weinzieher erklärt, daß keins der Argumente das richtige getroffen hat. Statt außergewöhnlichen Einnahmen zur Deckung der Ausgaben zu suchan, wäre es viel richtiger, die Ausgaben zu verringern. **Trotz des Friedens ist die Armee immer nicht auf den Friedenszustand reduziert worden. Unsere auswärtige Politik hat dazu geführt, daß wir in Uneinigkeit mit allen Nachbarn leben.**

Damit wurden die allgemeinen Debatten beendet und zum Schritt der Beratung über das Gesetz betreffend die Banknotenemission der polnischen Landesdarlehnskasse.

Abg. Radzilzewski: **Unsere Partei wird gegen die Banknotenemission wie überhaupt gegen jede weitere Vergrößerung der Emission stimmen, da dadurch unsere Lage nur noch verschlimmert wird.**

Damit wurden die allgemeinen Debatten beendet. Bei der Abstimmung wurde das erste Gesetz über die Banknotenemission mit 126 gegen 115 Stimmen, das zweite Gesetz über den Kredit bei der polnischen Landesdarlehnskasse mit 123 gegen 110, und das dritte Gesetz über die Regelung des Geldverkehrs mit dem Auslande mit gewöhnlicher Stimmenmehrheit angenommen. Man schritt hierauf zur 3. Lesung. Nach der Rede des Abg. Wierzbicki wurden bei der Abstimmung alle drei Gesetze angenommen. (P. P.)

Wirtschaftspolit. Nachrichten.

Polen und der Handel mit Rumänien.

(„Naród", Warschau, vom 10. Juli 1921, Nr. 182.)

Rumänien, das ein landwirtschaftliches Land ist und fast gar keine Industrie besitzt, ist auf die Industrieerzeugnisse anderer Länder angewiesen und ist daher ein guter Absatzmarkt für allerlei Industriewaren. Nach dem Kriege ist der rumänische Markt infolge des Zuwachses des rumänischen Territoriums noch bedeutend größer geworden.

Rumänien hat im Jahre 1914 1 145 298 To. Waren im Werte von 504 Millionen Lei und im Jahre 1919 393 522 To. im Werte von 3 622 945 669 Lei eingeführt. Die Waren, die Rumänien benötigt, könnte auch die polnische Industrie liefern. Nach Rumänien wurden eingeführt:

	1914 Millionen	1919 Millionen
Textilwaren	74	886
Konfektion	23	267
Glaswaren	5,6	28
Metallwaren	125	187
Maschinen	43	93
Wagen und Kutschen	22	28
Papier	7	83
Zucker u. Zuckerwaren	8,8	149
Leder u. Lederwaren	21	253
Wolle u. Wollwaren	35	285

Während des Krieges waren die beiden Hauptlieferanten der Vorkriegszeit — Deutschland und Oesterreich — vom rumänischen Markt verdrängt worden. Nach dem Kriege haben sich für den sehr erschöpften rumänischen Markt vor allem die Italiener, Franzosen, Tschechen, Engländer und in letzter Zeit auch die Oesterreicher interessiert. Jetzt beginnen auch deutsche Kaufleute einzutreffen. **Sehr wenig hat sich dagegen für den rumänischen Markt der polnische Handel und die Industrie interessiert die aus Rücksicht auf die nahe Nachbarschaft rege Handelsbeziehungen anknüpfen könnten, zumal sich die polnische Kaufmannschaft sehr für die polnische Industrie interessiert, sie können leider den polnischen Markt und die polnischen Einkaufquellen wenig.** Es muß zugegeben werden, daß die polnischen Kaufleute und Industriellen fast nichts getan haben, um die Rumänen mit dem polnischen Markt bekannt zu machen, während die Italiener, Tschechen und Franzosen von selbst in Rumänien erscheinen und die rumänischen Kaufleute und Handelsorganisationen mit Handelsofferten, Katalloge und Mustern direkt überschütten. **Die Deutschen bieten ihre Waren zu äußerst günstigen Bedingungen für den Kommissionsverkauf an.** Mit einem Wort, die industriellen Völker machen die größten Anstrengungen, um den rumänischen Markt zu beherrschen. Rumänien ist wirklich ein guter Absatzmarkt. **Die Deutschen haben im Jahre 1914 allein für 183 Millionen Mark, die Oesterreicher für 132 Millionen und die Engländer für 56 Millionen Mark Waren nach Rumänien gel'efert. Im gegenwärtigen Augenblick herrscht in Rumänien ein Stillstand, der eine Wiederspiegelung der Weltkrisis ist.** Die Engrospreise sind um ein Bedeutendes gefallen, so daß die Kaufleute nur ungern Waren kaufen, zumal sie an früheren großen Einkäufen engagiert sind und die Banken nur ungern Kredit erteilen.

Es ist höchste Zeit, die rumänische Kaufmannschaft mit unserer Industrie und mit unserer Exportmöglichkeit bekannt zu machen, damit im Herbst — wo man in Rumänien eine Wiederbelebung der Geschäfte erwartet — endlich Handelsbeziehungen angeknüpft werden können. **Der Handelsvertrag, der zwischen Polen und Rumänien abgeschlossen worden ist, wird uns keinen Nutzen bringen, wenn von den polnischen Industriellen und Kaufleuten nichts unternommen wird, um den rumänischen Markt zu gewinnen.**

Der rumänische Markt ist aus Rücksicht auf die besonderen Bedingungen des dortigen Handels ziemlich schwierig. Und das Kennenlernen der dortigen Bedingungen erfordert viel Zeit und Kosten. Daher wäre es angebracht, vorläufig nur mit den größeren rumänischen Organisationen Beziehungen anzuknüpfen denen man Waren in comis oder auf eigene Dechnung übersenden könnte. Das wäre jedenfalls vorteilhafter als durch Vermittlung der eigenen Agenten zu arbeiten. Man würde auf diese Weise eventuelle Verluste oder Enttäuschungen vermeiden. Man könnte größere Erfolge erzielen, wenn kapitalkräftige polnische Handelshäuser mit größeren rumänischen Handelsorganisationen in Beziehungen treten würden oder wenn rumänisch-polnische Ein- und Ausfuhrgesellschaften nach dem Muster der tschechischen und italienisch-rumänischen gebildet werden würden. Unsere vier Konsulate in Rumänien haben hier ein dankbarrs Tätigkeitsgebiet.

(P. P.)

Eine neue bedeutende Erhöhung der Tabak- und Zigarettenpreise in Polen.

(„Slusbowany Kurjer Codzienny", Krakau v. 9. Juli 1921, Nr. 183.)

Die Generaldirektion des Tabakmonopols in Warschau setzte mit dem 1. Juli 1921 die neuen Preise für die Erzeugnisse der staatlichen sowie der ausländischen Tabakprodukte fest. Nach einer Zusammenstellung der „Gazeta Lwowska" lauten die Preise:

Zigaretten: Wernyhora 6 Mk. pro Stück, Memphis 5 Mk. bulgarische Zigaretten 3,50 Mk., Satyr 2,50 Mk., La Polonaise 2,50 Mk., Sphinx für 100 Stück 700 Mk., ägyptische Zigaretten für 100 Stück 500 Mk., 1 Stück 5,50 Mk., Präsident für 50 Stück 150 Mk., 1 Stück 3 Mk., Damenzigaretten 50 Stück 150 Mk., 1 Stück 3,80 Mk., Sport 100 Stück 250 Mk., 1 Stück 2,50 Mk.

Zigarren: Havanna 50 Mk. pro Stück, Trabuko 24 Mk., Brasilianka 22 Mk., Cuba 16 Mk., Portoriko 12 Mk., gemischte ausländische 10 Mk.

Rauchtabak: Kantie 100 Gramm 600 Mk., vorzüglicher Mazedonischer 100 Gr. 400 Mk., vorzüglicher türkischer 25 Gr. 80 Mk., guter türkischer 25 Gr. 65 Mk., mittlerer türkischer 25 Gr. 50 Mk., Java 25 Gr. 35 Mk., guter Pfeifentabak 25 Gr. 25 Mk., gewöhnlicher Pfeifentabak 25 Gr. 20 Mk. (P. P.)

Lebensmittelpreise des Warschauer Marktes.

(„Gazeta Poronna", Warschau vom 10. Juni Nr 186.)

Amerikanisches Mehl, das noch vor zwei Monaten 45 Mark das Pfund gekostet hat, kostet gegenwärtig 75—80 Mark. Ein Pud inländisches Weizenmehl 2800 Mk., 1 Pfd. Weizenmehl schlechterer Gattung 65 Mark, 1 Pfd. Roggenmehl 4,4 Mk., 1 Kilo „first clear" 140—145 Mk. franko Waggon, „second claer" 105—110 Mk.

1 Pfd. Brot, das vor einigen Wochen noch 40 Mk. gekostet hat, kostet gegenwärtig 60 Mark, 1 Pfund Weizenbrot 75 Mk., Roggenbrot ist für einige Tage billiger geworden, dann aber wieder im Preise gestiegen.

1 Scheffel Kartoffeln kostet 2400 Mk., 1 Pfd. 12 Mk., Neue Kartoffeln 15 Mk.

1 Pfd. Reis, das früher 13 Mk. kostete, kostet jetzt 55 Mk., in vielen Läden wird sogar 70 Mk. verlangt. Man behauptet, daß er noch teurer werden wird.

Milch ist etwas billiger geworden. 1 Liter Vollmilch kostet 30 Mk., 1 Pfd. Butter 200 Mk., 1 Pfd. Käse 40—50 Mk. (ist etwas billiger geworden). 1 Ei kostet 11 Mk. und in den Genossenschaften sogar nur 10 Mk. (sind ebenfalls billiger geworden.)

1 Pfd. Kristallzucker 240—260 Mk., 1 Pfd. Kopfzucker 350 Mk.

Obst ist trotz der guten Ernte sehr teuer. 1 Pfd. gute Kirschen kostet 120 und 1 Pfd. Erdbeeren 250 Mk.

Die Schokolade ist billiger geworden. 1 Pfd. der besten ausländischen Gattung kostet 600 Mk.

Bohnen sind von 50 auf 55 Mk. pro Kilo gestiegen.

1 Kilo Tee kostet im Engroshandel 215—305 Mk., abhängig von der Gattung.

1 Kilo „Santos" Kaffee kostet 330 Mk., „Rio" 310 Mk., „Robinsila" 287 Mk., gebrannter Kaffee von 400—440 Mk.

1 Pud Zichorie „Gleba" 1800—2000 Mk., „Bochma" 2170 bis 2230 Mk., andere Gattungen von 1350—1400 Mk.

1 Kilo holländischer Kakao besserer Qualität 310 Mk., schlechterer Qualität und englischer 270 Mk., amerikanischer 235 Mk., Surrogat 210—215 Mk.

Pfeffer 265—200 Mk. Englische Gewürze 150—155 Mk. Lorbeerblätter 175 Mk., Zimt 475—500 Mk., Nelken 800—825 Mk., Muskat 1200—1280 Mk., Vanille 10 000—10 500 Mk.

Getrocknete Pilze 34 Mk.

Bienenhonig 320 Mk., künstlicher 230 Mk. (P. P.)

Oberschlesische Angelegenheiten.

Korfanty konspiriert im Warschauer Landtage.

(„Dziennik Gdański", Danzig, vom 10. Juli 1921, Nr. 158.)

Unterm 8 Juli wird aus Warschau berichtet, daß der Plebiszitkommissar Korfanty, der in Warschau weilt, gestern im Landtage erschienen ist und eine längere Konferenz mit dem Landtagsmarschall Trompczynski hatte.

(P. P.)

Die neuen schamlosen Angriffe der chauvinistischen polnischen oberschlesischen Presse aus Anlaß des päpstlichen Delegierten Monsignore Ogno.

(„Stzandar Polski", Gleiwitz, vom 12. Juli 1921, Nr. 156.)

Wir haben die Politik des Herrn Ogno, des päpstlichen Delegaten in Oppeln, mehrfach besprochen und darüber vor einigen Wochen folgendes geschrieben: **Die oberschlesische Politik des Kardinals Gasparri, welche der Erzbischof Ratti und jetzt der Msgr. Ogno vertreten haben, hat für uns Polen sehr traurige Folgen gehabt. Wenn einmal die Archive des Ministeriums des Äußern in Warschau und das Geheimarchiv der Breslauer Kurie geöffnet werden, dann wird die katholische Welt nicht genug über die Methoden dieser Politik staunen können.**

Diese traurige Politik hat sich in der letzten Zeit auch nicht geändert. Am 29. Juni veröffentlichte Herr Ogno einen Aufruf an das oberschlesische Volk, in welchem die Vorgänge der letzten Wochen behandelt werden. Herr Ogno ermahnt die Gläubigen, Frieden zu halten; hierfür kann ihm ohne Zweifel Anerkennung gezollt werden. Herr Ogno tut es aber auf solche Art und Weise, daß ein jeder, der diesen Aufruf liest, zu der Ueberzeugung kommt, daß der Verfasser dieses Aufrufes sehr falsche Ansichten über die oberschlesische Frage hat.

Betrachten wir diesen Aufruf näher: **Herr Ogno behauptet, daß man während des Aufstandes Geistliche aus den Pfarrgemeinden wegführte und sie ins Gefängnis warf, sie zur Flucht zwang und sie mißhandelte —, er wiederholt also alles das, was die lügnerischen deutschen Zeitungen über die Polen geschrieben haben, er erwähnt aber nichts darüber, daß drei Geistliche ermordet worden sind.** Wenn Herr Ogno das alles aufzählt, was die deutschen Zeitungen erdacht haben, warum spricht er nicht darüber, was die polnischen Zeitungen festgestellt haben?

Sehr traurig ist jener Abschnitt, welcher davon spricht, daß die polnische Geistlichkeit an dem Aufstande teilgenommen habe. Wir wissen nicht, ob die Geistlichen persönlich an den Insurgentenkämpfen teilgenommen haben, aber gesetzt den Fall, sie hätten es doch getan, kann dann der Herr Ogno die polnischen Geistlichen in dieser Weise verdammen, wie er es im Aufruf tut? Wenn die Geistlichen sich auf die Seite der Insurgenten gestellt haben, so konnten sie es deswegen tun, weil sie wußten, daß der Kampf gegen das Deutschtum nur ein Kampf zum Schutze des Katholizismus sei. Sie wußten das, da sie unsere Verhältnisse kennen. Sie wußten, daß im Jahre 1870 in Oberschlesien kaum 50 000 Protestanten lebten, während dieselben im Jahre 1919 305 000 Seelen zählten. Da sie die Politik der deutschen Regierung kannten, wußten sie, daß nach weiteren 50 Jahren der Katholizismus in Oberschlesien überhaupt keine Bedeutung mehr haben werde. **Darum sind sie auf die Seite der Aufständischen getreten, weil sie wußten, daß sie hierbei gleichzeitig den Katholizismus schützen wollten.**

Trotzdem macht Herr Ogno den polnischen Geistlichen Vorwürfe, die wir hier nicht wiederholen wollen, denn jedes Wort ist für sie eine unerhörte Beleidigung. Mit keinem Worte erwähnt Herr Ogno die deutsche Geistlichkeit. Herr Ogno weiß augenscheinlich nichts davon, in welch häßlicher Weise deutsche Geistliche agitiert haben: Ulitka, Nieborowski und Jankowski. Pfarrer Ulitka steht an der Spitze der deutschen Agitation in Oberschlesien; ihm hat das oberschlesische Volk zu verdanken, daß die Kämpfe nicht bereits vor einem Monat aufgehört haben, denn er stand an der Spitze des deutschen „Zwölferausschusses", welcher nicht Frieden haben, sondern Rache an den Polen nehmen wollte. Der deutsche Pfarrer Ulitka ist schuld daran, daß unnötig Blut vergossen wurde, denn er war für die Abmachungen des Zwölferausschusses verantwortlich. Trotz allem spricht Herr Ogno nicht ein Wort von den deutschen Geistlichen; im Gegenteil, er hat nur Vorwürfe für die polnischen Geistlichen.

Sehr unglücklich ist der Abschnitt jenes Aufrufes, der die Behauptung breit tritt, daß der Bischof Bertram der Vertreter der rechtmäßigen Gewalt sei. Die oberschlesische Bevölkerung denkt noch daran, wie diese kirchliche Behörde die Polen germanisiert hat; in der heutigen Zeit will diese Bevölkerung von einer solchen Behörde nichts wissen. Die oberschlesische Bevölkerung ist der Ansicht, daß den Vertreter der gegenwärtigen kirchlichen Behörde Herr Ogno sei, und sie ist auch bereit, seinen Weisungen

Folge zu leisten. Eine andere Behörde will die oberschlesische Bevölkerung nicht anerkennen — ebenso wie es Kardinal Mercier seinerzeit nicht über sich bringen konnte, die deutsche Behörde anzuerkennen. Der Roman selbst gibt dafür Beispiele, daß Bedingungen existieren, auf Grund welcher die Anerkennung einer gewissen Gewalt unmöglich sei. Ausdrücklich betonen wir hier, daß die oberschlesische Bevölkerung die Gewalt des päpstlichen Delegierten in Oppeln, was Oberschlesien betrifft anerkennt, aber sie will von der behördlichen Gewalt eines deutschen Bischofs, der seinen Wohnsitz in Deutschland hat, nichts wissen.

Dieser Aufruf hat sehr traurige Folgen, nicht nur vom Standpunkte der Polen und der Gerechtigkeit, sondern auch vom Standpunkte der katholischen Ueberzeugung. Die polnische Bevölkerung Oberschlesiens wird den schlechten Eindruck nicht los, daß Herr Ogno den Einflüssen seiner deutschen Umgebung in Oppeln unterlegen ist und daß er den hakatistischen Stimmen Glauben schenkte. Dieser Aufruf ist dem Herrn Ogno durch die Deutschen diktiert worden, darüber besteht kein Zweifel. Wenn Herr Ogno das oberschlesische Volk kennen würde, so hätte er einen solchen Aufruf niemals veröffentlicht, oder aber er hätte nach der Bekanntgabe desselben nie zugelassen, daß man den Aufruf in den Kirchen von den Kanzeln vorgelesen hätte. **Dieser Aufruf wird einen unermeßlichen Schaden, vor allem der katholischen Geistlichkeit in Oberschlesien zufügen.** Das oberschlesische Volk ist von ganzem Herzen der katholischen Kirche zugetan; der deutsche Katholizismus dagegen ist nur ein politischer Katholizismus, der nur überall Vorteile für den protestantischen deutschen Staat zu erlangen sucht. Diese geschickte Politik der erfahrenen deutschen Diplomaten hat größere Erfolge zu verzeichnen als die polnische Politik, die sich im Herzen des armen oberschlesischen Volkes festwurzelt.

(P. P.)

Ein englisches Urteil über Oberschlesien.

(„Sztandar Polski", Gleiwitz, vom 12. Juli 1921, Nr. 156.)

Unter der Ueberschrift: „Die wirtschaftliche Bedeutung Oberschlesiens" veröffentlicht Harley im „Baltic Review" eine Anzahl Betrachtungen über Oberschlesien, in welchen er den von den Deutschen vertretenen Grundsatz bekämpft, daß der Verlust Oberschlesiens für sie eine „Katastrophe" sein würde. Natürlich besitzt Oberschlesien eine große Bedeutung im wirtschaftlichen Leben Deutschlands, aber an eine Katastrophe im Falle des Verlustes dieses Gebietes ist noch lange nicht zu denken. Im Gegenteil, Oberschlesien ist selbst nach eigenem deutschen Urteil das am meisten in das Slawengebiet hineinragende Stück deutscher Erde. In der Kohlenproduktion hat die größte Bedeutung die Koks-erzeugung; darüber schreibt Herr Harley:

„Wer Koks produziert, der produziert gleichzeitig Benzin und „Toluon". Es ist aber allgemein bekannt, daß diese beiden Produkte zur Erzeugung von Sprengmitteln dienen, die eine sehr große Explosionskraft besitzen."

Dagegen würde die Zuteilung des oberschlesischen Bergwerks- und Industriegebietes an Polen von großer Bedeutung sein und für dessen wirtschaftliches Leben dauernde Grundlagen schaffen. Dieses verlangt die Gerechtigkeit, denn „die Deutschen haben einzig und allein dank der Arbeit und Ausdauer der polnischen Arbeiter die Reichtümer Oberschlesiens für sich verwenden können."

Der französische „Eclair", welcher die vorhergehenden Sätze des Herrn Harley veröffentlicht, fügt hinzu, daß das ein Urteil eines Engländers sei, welcher sich ausschließlich nach dem Gefühl der Gerechtigkeit richtet und die Interessen Großbritanniens im Auge hat, aber gleichzeitig kühn und tapfer Polen in Schutz nimmt.

(P. P.)

Polnische Greuelnachrichten.

(„Sztandar Polski", Gleiwitz, vom 12. Juli 1921, Nr. 156.)

Deutsche Gewalttaten.

Unerhörte Gewalttaten und Grausamkeiten muß die polnische Bevölkerung gegenwärtig in den von deutschen Banden besetzten Kreisen erdulden. Heute kommen zu uns Nachrichten, daß in den Industrieorten unsere Arbeiter verfolgt und geschlagen werden, wie z. B. in den Gleiwitzer Anstalten von Hegenscheidt u. Huldschinski, und zwar deswegen, weil sie zu einer polnischen Organisation gehören.

In Malapane, Kr. Oppeln, werden aus denselben Gründen polnische Arbeiter von ihren Arbeitsstellen entfernt, man hält von seiten der dortigen Direktion der fiskalischen Hütte die Auszahlung des Arbeitslohnes für den Monat April zurück. Die dortige Direktion zahlt den Arbeitern die Löhne und Unterstützungen aus den Krankenkassen mit der Begründung nicht aus, daß die zurückbehaltenen Löhne für die Entschädigung der Deutschen verwendet würden, welche während des Aufstandes Schaden erlitten haben.

Man entfernt sogar Bürobeamte deswegen, weil sie sich damit nicht einverstanden erklären, mit der Waffe in der Hand an dem deutschen Selbstschutz teilzunehmen. Unsere Arbeiter werden also überall verfolgt. In dieser Hinsicht verbrüdern sich die deutschen und jüdischen Kapitalisten mit den Kommunisten und überbieten sich gegenseitig in ihren Wut- und Haßausbrüchen gegenüber den Polen.

Polnischerseits hat man sich infolge dieser Vorkommnisse von seiten der Kapitalisten gegen unsere Arbeiter an die Interalliierte Kommission nach Oppeln mit der energischen Forderung gewandt, daß man von dort aus diesen unerhörten Ausbrüchen der teutonisch-jüdischen Chauvinistern ein Ziel setze, weil ja diese Behandlung jeglichem Menschlichkeitsgefühl Hohn spricht.

(P. P.)

Die Hetze der polnischen Berufsverbände gegen die oberschlesischen Arbeitgeber.

(„Sztandar Polski", Gleiwitz, vom 12. Juli 1921, Nr. 156.)

Die polnischen Arbeiter fordern Gerechtigkeit.

Am Sonntag, 10. Juli, fand in Siemianowitz, Kr. Kattowitz, ein Katholischer Tag statt, an welchem ungefähr 4000 Personen teilgenommen haben. Nach der Ansprache des Herrn Stęślicki wurde die nachstehende Resolution angenommen:

1. **Wir verlangen die Absetzung des preußischen Landrats als des höchsten Kreisbeamten sowie die Entfernung sämtlicher hakatistischen Beamten und deren Ersetzung durch Polen.**

2. Wir verlangen die Entfernung sämtlicher deutschen Amtmänner, an deren Stelle Polen treten sollen.

3. **Wir werden uns unter keinen Bedingungen damit einverstanden erklären, daß die deutschen Schulzen, Bürgermeister, Lehrer und andere Beamte, die ohne Grund während des Aufstandes geflohen sind, in ihre Stellen zurückkehren.**

4. Von der Interalliierten Kommission und unseren Vertretern verlangen wir, daß sie Oberschlesien nicht verschachern, sondern am schnellsten dafür sorgen, daß eine gerechte Entscheidung zugunsten Polens fällt.

Von der Kommission erhoffen wir, daß sie, belehrt durch die Erfahrungen des letzten Krieges und durch die letzten Vorkommnisse in Oberschlesien, vor allem aber durch die Beuthener Gewalttätigkeiten, den Willen des Volkes ehre und die Vorschriften des Versailler Vertrages erfülle, indem sie möglichst schnell über unser Schicksal die Entscheidung trifft.

Die Versammlung wurde nach der Absingung der „Rota" von Konopnicka geschlossen.

Die obengenannte Resolution wurde auch auf der Versammlung in Chorzow angenommen.

(P. P.)

Die polnische Presse über die Rede Briands an die Freunde Polens.

(„Sztandar Polski", Gleiwitz, vom 12. Juli 1921, Nr. 156.)

Obiges Blatt zitiert die Antwort Briands an die Vertreter der Freunde Polens in der oberschlesischen Angelegenheit und versieht sie mit folgendem Kommentar: **Wir nehmen an, daß Briand die oberschlesische Angelegenheit immer noch so auffaßt, daß Polen laut dem Ergebnis der Abstimmung der gesamte Industriebezirk mit den angrenzenden landwirtschaftlichen Kreisen abgetreten werden müßte. Das polnische Volk in Oberschlesien und das gesamte polnische Volk hofft, daß Frankreich mit voller Entschiedenheit die Rechte des oberschlesischen Volkes verteidigen wird, und auf keinen Fall von der Forderung zurücktreten wird, daß man Polen das gesamte Gebiet angliedert, in dem sich die Bevölkerung am Tage der Abstimmung für Polen erklärt hat.**

(P. P.)

Ablösung der französischen Truppen in Oberschlesien.

(„Gazeta Robotnicza". Kattowitz, vom 12. Juli 1921, Nr. 154.)

Oppeln, 12. Juli. („Record.") In allernächster Zeit ist eine Ablösung der französischen und italienischen Truppen zu erwarten. Die 45. französische Schützendivision, deren Befehlshaber General Grattier ist, soll nach Frankreich zurückkehren und durch eine Infanteriedivision, die sich aus Rekruten des Jahrganges 1920 zusammensetzt, abgelöst werden.

(P. P.)

Polnische Alarmnachrichten.

(„Gazeta Robotnicza", Kattowitz, vom 12. Juli 1921, Nr. 154.)

Gleiwitz, 12. Juli. („Record.") In der Stadt treffen täglich junge Leute aus Deutschland, oft in der Tracht der Eisenbahner, ein und sogar in der Verkleidung französischer Soldaten, die Feuerwaffen und Handgranaten mit sich führen, die in Körben und Koffern untergebracht sind. Die Browningrevolver dagegen halten sie in den Häusern versteckt. Diese Leute verbleiben in Gleiwitz und treffen, wie wir erfahren haben, über Oppeln ein. Wie bekannt, ist Gleiwitz das Zentrum der Orgesch, die in letzter Zeit Verstärkung in der Zahl von 3000 Mann angefordert hat, und sind wahrscheinlich die Ankömmlinge jener angeforderten Hilfe. Das Passieren der Grenze wird ihnen nicht erschwert, denn der Mangel an einer Kontrolle an der deutschen Grenze ermöglicht ihnen die Einreise. Hinzugefügt werden muß, daß auf einer Strecke von 80 Klm. sich nur drei Kompagnien Koalitionstruppen befinden, die dort die Grenze bewachen. In Verbindung mit obiger Angelegenheit wird uns mitgeteilt, daß die deutschen Kampforganisationen für den 12. oder an einem anderen Zeitpunkt, der obigem Datum nahe steht, große Unruhen hervorrufen wollen, die in erster Linie gegen die Koalitionstruppen gerichtet sein sollen.

(P. P.)

General Le Rond verweigert die Entgegennahme des deutschen Protestes gegen die Amnestie.

(„Gazeta Robotnicza", Kattowitz, vom 12. Juli 1921. Nr. 154.)

Kattowitz, 12. Juli. **Aus Oppeln wird nach dem „Record" gemeldet, daß General Le Rond die Entgegennahme des deutschen Protestes gegen die Amnestie verweigerte.**

(P. P.)

Das Rätselraten über die Haltung des neuen italienischen Kabinetts zur oberschlesischen Frage.

(„Polak", Kattowitz, vom 12. Juli 1921, Nr. 182.)

Paris. (E. E.) **In den dortigen politischen Kreisen herrscht die Ueberzeugung, daß das neue italienische Kabinett in der oberschlesischen Angelegenheit den Standpunkt seines Vorgängers vertreten wird, der die Erledigung dieser Angelegenheit auf dem Wege eines Kompromisses zum Zweck hatte. Die Haltung Englands in dieser Angelegenheit ist unversöhnlich.**

(P. P.)

Der Bericht der Interalliierten Kontrollkommission.

(„Naród", Warschau, vom 10. Juli 1921, Nr. 182.)

Die englische Radio-Telegraphenstation verbreitete folgendes Funkentelegramm: **Die Räumung der von den Unruhen erfaßten Gebiete ist gestern Dienstag beendet worden. Die Entwaffnung der deutschen Banden und des Selbstschutzes sowie der polnischen Insurgentenabteilungen schreitet weiter befriedigend fort. Die alarmierenden Nachrichten über die angebliche Ansammlung von Truppen an der polnischen Grenze sind gegenstandslos.** Die polnischen Abteilungen, deren Anwesenheit im übrigen notwendig ist, wurden von der polnischen Regierung entsandt, damit leichter und sicherer den demobilisierten Insurgenten-Abteilungen die Waffen abgenommen werden können.

(P. P.)

Der französische Kreiskontrolleur für den Kreis Hindenburg stellt Insurgenten in die neue Gemeindewehr ein.

(„Przegląd Wieczorny", Warschau, vom 9 Juli 1921, Nr. 151.)

P. A. T. berichtet aus Beuthen, daß bei der Organisierung der sogenannten Gemeindewehr im Kreise Hindenburg der Koalitionskontrolleur erklärte, daß als Insurgenten, die in die Polizei nicht aufgenommen werden dürfen, nur diejenigen betrachtet werden müssen, die an der Front kämpften und nicht diejenigen, die die Ordnung in der Stat und in den Dörfern hüteten. **Auf diese Weise wird ein Teil der früheren Apo in die Gemeindewehr aufgenommen werden.**

(P. P.)

Die Tätigkeit der polnischen Aufstandsliquidierungskommission im Kreise Rybnik.

(„Sztandar Polski", Gleiwitz, vom 13. Juli 1921, Nr. 157.)

Die Liquidationskommission für den Kreis Rybnik hat sämtliche Insurgenten, die sich noch nicht in die Liste eingetragen haben, aufgefordert, das bis zum 16. Juli zu tun, wobei die Bescheinigung mitzubringen ist. Wer sich nicht in die Liste einträgt, verliert das Recht auf die Entgegennahme des Soldes. Die Gemeindeverwaltungen werden gebeten, die Unterstützungslisten vorzubereiten und dabei nur derartige Familien der Insurgenten zu berücksichtigen, die tatsächlich Unterstützung nötig haben. In der Unterstützungsliste sind außer dem Vor- und Familiennamen die Zahl der Kinder unter 14 Jahren und die Höhe der bereits empfangenen Unterstützung anzugeben. Diese Listen, versehen mit dem Stempel der Gemeinde, der Unterschrift, des Gemeindevorstehers und des früheren Kommandanten der Bürgerwehr, sind bei der Liquidierungskommission in Rybnik, Sohrauer Straße 3, abzugeben.

(P. P.)

Neue polnische Schauernachrichten.

(„Gazeta Ludowa", Kattowitz, vom 13. Juli 1921. Nr. 156.)

Kattowitz. Die Behörden und kompetenten Sphären machen wir auf folgende neuen Machinationen der Deutschen aufmerksam, von denen wir aus glaubwürdiger Quelle Kenntnis erhalten haben. Die erste ist die Tatsache, daß junge Leute, die an dem Aufstande auf polnischer Seite teilgenommen haben, nach dem inneren Deutschland gebracht werden. Verschiedene deutsche Agenten drehen sich in verschiedenen Kreisen herum, hauptsächlich im Kreise Pleß, notieren diejenigen, die an dem Aufstande teilgenommen haben. Unter allerlei Vorwänden suchen sie mit ihnen ins Gespräch zu kommen, wobei sie das Thema geschickt auf den letzten Aufstand lenken. Im Laufe des Gespräches erinnern sie daran, daß sie es in Deutschland besser als in Oberschlesien in den unsicheren Zeiten haben werden, besonders da ein neuer Aufstand, wie man hört, vorbereitet wird. Die Lage in den schwärzesten Farben darstellend und die Bevölkerung mit einem neuen Aufstand schreckend, veranlassen sie verschiedene Menschen zur Abreise aus Oberschlesien. Hauptsächlich handelt es sich bei ihnen um die Abreise der früheren Insurgenten, denen die Agenten in Deutschland Arbeit anbieten und große Vorschüsse für die Reise zahlen. Wir machen unsere Landsleute auf diese Machinationen der Deutschen aufmerksam, da es unbekannt ist, was man mit solchen Leichtgläubigen später in Deutschlands machen wird. Es handelt sich bei ihnen nur um die Beseitigung der Insurgenten, damit sie bei einem neuen Putsch um so leichter mit der übrigen Bevölkerung fertig werden. Die zweite wichtige Angelegenheit ist folgende: Irgendein deutscher Agent unter dem Namen Grumert oder Grönert, der in Kattowitz, Emmastraße, wohnt, kauft in Oberschlesien Automobile auf und bringt sie nach Oppeln und von dort nach Deutschland. Für jedes nach Deutschland geschaffte Auto erhält er 300 Mk. Provision. Um jeglichen Verdacht zu vermeiden, passiert das Auto die Grenze mit einigen Passagieren, die dann ohne Wagen zurückkehren. Die deutsche Taktik verfolgt wahrscheinlich das Ziel, Oberschlesien von sämtlichen Automobilen zu entblößen, oder die Deutschen bereiten sich für irgendeinen neuen Aufstand vor oder betrachten das Industriegebiet als verloren. Tatsache ist es, daß seit einigen Tagen Hunderttausende von Deutschen in überfüllten Zügen Oberschlesien verlassen und mit diesen eine große Anzahl irregeführter und durch die deutschen Alarmierungen eingeschüchterter Polen. Diese Angelegenheit erfordert eine baldige Nachprüfung und eine verschärfte Kontrolle der Grenze nach Deutschland.

(P. P.)

Die Kommentare des chauvinistischen „Sztandar Polski" zur Rede des Reichskanzlers Wirth in Breslau.

(„Sztandar Polski", Gleiwitz, vom 13. Juli 1921, Nr. 157.)

Nach alter Weise.

Am vergangenen Freitag hatte der Kanzler Dr. Wirth in Breslau eine Rede über Oberschlesien gehalten. Diese Rede ist ein Beweis dafür, daß der Kanzler Dr. Wirth auf demselben Wege sich befindet, auf dem sich seine sämtlichen Vorgänger befunden haben.

Der Kanzler nahm die leeren Versicherungen des Herrn Gößler, daß der Selbstschutz keine reaktionären und umstürzlerischen Absichten habe, zur Kenntnis, und gab sich damit zufrieden. Im übrigen sagte er, daß es unwürdig wäre, sich „in unserer tiefsten Not um verhältnismäßig geringe Kleinigkeiten" den Kopf zu zerbrechen.

Das ist eine wunderliche Auffassung der Pflichten eines republikanisch-demokratischen Kanzlers, der die verbrecherischen und umstürzlerischen Absichten des Selbstschutzes (die rückhaltlos festgestellt worden sind) nur geringe Kleinigkeiten nennt.

Außer diesen und ähnlichen Kleinigkeiten sieht der Kanzler vor allem die Sanktionen und die oberschlesische Angelegenheit als die zwei größten Wunden des Reiches an. Oberschlesien steht aber an erster Stelle. Indem er davon spricht, stellt er die Nachteile für Deutschland fest, die aus dem Verlust Oberschlesiens entstehen würden und beruft sich auf das Recht, die Freiheit und die Selbstbestimmung der Völker sowie auf die Geschichte der sieben Jahrhunderte, was alles zum Vorteile Deutschlands ausgenutzt werden kann.

Wieviel Fälschungen und Fehler stecken dahinter.

Falsch ist es, daß Oberschlesien 700 Jahre hindurch in Verbindung mit Berlin gestanden hat. Eine unbestrittene Tatsache ist es aber, daß die letzten 150 Jahre erst Oberschlesien unter Preußen stand; stets irgendwelcher Aussöhnung unüberbrückbare Unterschiede und ewiger Haß zwischen dem polnischen Oberschlesien und Deutschland erzeugt wurden. Nicht dem deutschen Volke geschah und geschieht hiermit ein Unrecht, sondern nur der polnischen Bevölkerung, welche auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes mit einer ungeheuren Stimmenmehrheit nach einer Angliederung des Gebietes rechts der Oder an Polen verlangte.

Indessen hat der Kanzler für diese heilige freiheitliche Bewegung des polnischen Volkes in Oberschlesien nur die Ausdrücke wie „Banden" und „Verbrecher" gebraucht. Gleichzeitig bemerkte er, daß die schlesischen „Diktatoren" den vollständigen Mangel an Fähigkeiten bewiesen haben, wie man ein solches Industriegebiet wie Oberschlesien verwalten müsse. Ein solcher Satz klingt sehr befremdend, wenn man in Betracht zieht, daß er von einem so hohen Staatsmann ausgesprochen wurde. Jedenfalls beabsichtigte der Reichskanzler, die ganze Sachlage in einem falschen Lichte darzustellen.

Vor allem muß man feststellen, daß die Insurgentenbehörden viel dazu beigetragen haben, um das wirtschaftliche Leben Oberschlesien sowie die Ordnung in diesem Lande aufrechtzuhalten; denn gegen Ende des Aufstandes herrschte bereits normales Leben in allen Erwerbszweigen. Wenn sich aber irgendwelche Mängel fühlbar gemacht haben, so muß man diese den außerordentlichen Zuständen zuschreiben, die die Verhängung des Belagerungszustandes, die kurze Zeitspanne und vor allem der böse Wille und der Widerstand der deutschen Beamten und Behörden hervorgerufen haben.

Der Kanzler wagte auch den Satz auszusprechen, daß das polnische Volk innerhalb der 700 Jahre, die es unter deutscher Herrschaft verbrachte, nicht so viel erduldet hat wie die deutsche Bevölkerung während des letzten Aufstandes. Wo sind die Deutschen, die wirklich durch die Willkür der Insurgenten so viel erduldet haben wie das oberschlesische Volk auf Grund von Hunderten von Ausnahmegesetzen erlitten hat, wenn man die Verfolgungen betreffend seiner Sprache und seines Glaubens in Erwägung zieht. Wer wird die Zeiten Hörsings, die deutschen Greueltaten während der Aufstände, die grausamen Verhaftungen der letzten Zeiten, die Fälschungen der Abstimmung beim oberschlesischen Volke wiedervergelten! Wer rächt das vergossene Blut, wer ruft alle diejenigen ins Leben zurück, die von der preußischen Soldateska gemordet worden sind? Von alledem spricht der Kanzler nichts zu wissen. **Die polnischen Uebergriffe, die wir hier nicht gutheißen wollen, die aber bis zu einem gewissen Grade verständlich sind, stehen in keinem Vergleich zu den deutschen Gewaltakten.** Wir wundern uns sehr, daß der Kanzler die nationale Bewegung in Oberschlesien nicht verstehen kann, damal sie dieselben Ziele verfolgt, welche der Kanzler in seiner Programmrede gutgeheißen hat, das bedeutet die Wahrung der Nationalität.

Im Gegensatz zu diesen sogenannten verbrecherischen Insurgenten lobte der Kanzler den opferfreudigen Selbstschutz, der so heldenhaft und so tapfer gegen die Korfantybanden gekämpft hat. Man soll der Gefallenen im Gebete gedenken. **Die Toten mögen in Frieden ruhen. Jedoch erhebt das ganze oberschlesische Volk Protest dagegen, daß man diejenigen ehrt, die sich gerade hier als Räuber benommen haben.**

Die Rede des Reichskanzlers ist außerdem eine Provokation des Auslands. Für England und Italien fand er Worte der Anerkennung und der Dankbarkeit, wofür ihm diese beiden Staaten sicher keinen Dank zollen werden. Dagegen hat er in dem Verhältnis zu Frankreich dadurch eine Mißstimmung hervorgerufen, daß er vor versammelter Volksmenge eine Unterredung mit dem französischen Botschafter preisgab, die ein diplomatisches Geheimnis bleiben sollte. **Die Veröffentlichung dieser diplomatischen Unterredung, wonach Frankreich gegen Deutschland vorgehen wollte, falls die Reichswehr in Oberschlesien eindringen wäre, kann nur die Aufpeitschung der unzufriedenen Elemente gegen Frankreich und die Interalliierte Kommission zum Ziele haben.** Solche taktischen Fehler dürfte ein Kanzler nicht machen, wenn er keine speziellen Ziele dabei verfolgt.

Endlich stellte Dr. Wirth die Frage, ob die ganze Abstimmung nur ein leerer Wahn wäre. Auch wir pflegen die Frage öfters zu stellen, doch wird sie unsererseits durch die erlittenen Schäden begründet. Für uns spricht die Abstimmung, die uns fast das ganze rechte Oderufer zu erkennt. Wir sind es und nicht die Deutschen, die stets ein Opfer geographischer und wirtschaftlicher Tatsachen werden.

Schade, daß der Kanzler bei der Stellung dieser Frage nicht die klugen Worte des Herrn Harden dachte, die dieser in der letzten Nummer seiner „Zukunft" veröffentlicht:

Rafft die Regierung sich zusammen, den Deutschen endlich zu sagen, daß Friedensvertrag und Stimmergebnis ihnen nur zwei Drittel von Oberschlesien zuweisen, oder läßt sie ihr Gesindel weiterlügen, bis Wirrköpfe, Abenteurer, Beutejäger den unvermeidlichen Krieg gegen Polen beginnen? Fast ist es schon so weit.

Wenn der Kanzler Dr. Wirth über diese Worte mehr nachgedacht hätte, würde er der Zukunft Deutschlands mehr Nutzen gebracht haben, als durch eine Rede am vergangenen Freitag.

(P. P.)

Die polnische Presse mit den polnischen Behörden in Oberschlesien unzufrieden.

(„Goniec Sląski", Beuthen, vom 12. Juli 1921, Nr. 156.)

Unsere Leser werden gewiß fragen: Haben wir irgendeine Behörde? Der Aufstand ist liquidiert, darum mußte auch die oberste Zivilgewalt liquidiert werden. Nehmen wir an, daß irgendeine Zentralgewalt existiert, welche sich mit den Angelegenheiten des polnischen Volkes in Oberschlesien bis zur endgültigen Entscheidung befaßt, auf Grund welcher ein Wojewode mit seinem Beirat die Verwaltung übernimmt. Eine solche Behörde hatten wir stets zur Durchführung aller nationalen Angelegenheiten. Zuerst war es der Unterkommissar des Obersten Volksrates, sodann das Informationsbüro bei der Ententekommission zur Zeit der Besetzung war das polnische Plebiszitkommissariat vorhanden und während des Aufstandes hatten wir die Oberste Zivilbehörde. Auch jetzt muß es eine Zentralstelle geben, welche sich mit den nationalen Angelegenheiten befaßt.

An diese Behörde wollen wir uns in einer sehr wichtigen Angelegenheit wenden. **Wenn die Insurgentenbehörde die Presse über den Verlauf der verschiedensten Angelegenheiten nicht informiert hat, so ist das noch kein Grund dafür, daß die Presse nach dem Aufstande weiter ohne irgendwelche Informationen bleibt. Die Insurgentenbehörden haben nur einen gewissen Teil der Presse informiert, und zurzeit erhält die Presse überhaupt keine Informationen.**

Die Allgemeinheit erhält überhaupt keine Nachricht darüber, was in den Kreisen Ratibor, Cosel, Oppeln, Groß-Strehlitz usw. vorgeht. Die Deutschen hingegen haben nach Beendigung des Aufstandes erst recht angefangen, Orgien zu feiern, da sie sich dessen fühlten. So wurde in Markowitz nach Abzug der Insurgenten von den Deutschen die ganze Dorfbevölkerung vertrieben; außerdem haben die Deutschen 20 Besitzer fortgeschleppt, welche während des Transportes unmenschlich behandelten.

Nachdem die Interalliierte Kommission die Versorgung des Landes mit Lebensmitteln übernommen hat, konfiszieren die Deutschen die für die polnischen Dörfer bestimmten Lebensmittel. Geschieht es in der Ratiborer Gegend.

Die Anzahl der Flüchtlinge aus den westlichen Kreisen steigt fortwährend, nach Beendigung des Aufstandes, bedeutend mehr als während des Aufstandes. Es bestehen irgendwelche Sorgen und Behörden, an welche alle Mitteilungen, Rapporte und Protokolle über die deutschen Gewalttaten gerichtet werden, doch die Presse erfährt davon nichts. **Alles wandert in die Akten, doch wohl nur zu dem Zwecke, damit unsere Nachkommen einmal die Drangsalierungen des polnischen Volkes an der Oder studieren können.** Dann aber wird es zu spät sein.

(P. P.)

Die gemeinen Insinuationen des „Polak", des Organs der polnischen nationalen Arbeiterpartei, gegen den Reichskanzler Wirth aus Anlaß seiner Rede in Breslau.

(„Polak", Kattowitz, vom 12. Juli 1921, Nr. 157.)

Dr. Wirth hat die Karten aufgedeckt.

Der deutsche Reichskanzler Dr. Wirth, der Sündenbock der Alldeutschen, gilt in den Augen der Entente, ja sogar in den Augen Briands als ein Mann, dem man Vertrauen schenken kann. **Indessen reisen verschiedene Mitglieder der deutschen Regierung im ganzen Lande umher und graben Gräben unter den Versailler Friedensvertrag. Ja selbst der deutsche Reichskanzler Dr. Wirth beteiligt sich eifrig daran, nur macht er weniger Geschrei dabei.**

Doch sind auch ihm einige Worte entfallen, die unterstrichen werden müssen. Vielleicht hat er sie auch absichtlich ausgesprochen, um die Entente im letzten Augenblick vor der Entscheidung der oberschlesischen Angelegenheit „einzuschüchtern". **Seine Rede darf von der polnischen Regierung nicht zur Kenntnis genommen werden, sondern sie muß auch beantwortet werden.**

Und zwar sofort!

Reichskanzler Dr. Wirth ist nach Breslau gekommen, um „mit den lieben Schlesiern" „an den Toren Oberschlesiens" zu plaudern. Nachdem er sich am Vormittag mit Vertretern der Presse und der Parteien ergiebig unterhalten hat, hat er sich am Nachmittag nach der Jahrhunderthalle begeben, um dort an die lieben Schlesier eine Rede zu halten. Er wurde dort vom Oberbürgermeister Dr. Wagner begrüßt, der über den oberschlesischen Aufstand und auf die Interalliierte Kommission schimpfte und zum Schluß an den Reichskanzler die Frage stellte, welche Stellung die Regierung in der oberschlesischen Frage einnimmt und was sie getan hat, um Oberschlesien bei Deutschland zu erhalten.

Hierauf hat Dr. Wirth die Rednertribüne betreten und seine Rede begonnen, die wir inhaltlich wiedergeben:

„Wir wissen, was die Sorge einer großen Stadt um Verwandte und Freunde bedeutet, seid aber gewiß, daß diese Sorge mit Euch Berlin und Baden, Essen und alle deutschen Gauen teilen; überall hört man nur die eine Frage: Was wird mit Oberschlesien? Ueberall klingen freundliche Worte für die Not Schlesiens, aber auch kraftvolle für den einigen Willen Deutschlands, sein Recht zu wahren. Früher war das Deutsche Reich ein Bund der Fürsten, heut ist an seine Stelle der geschlossene Wille der deutschen Volksstämme getreten. Heut ist keine Zeit, von der Vergangenheit zu sprechen, heut muß die Zukunft gebaut werden." Nachdem er die bekannten deutschen Tugenden aufgezählt hat, bittet er das Mißtrauen fahren zu lassen und sich zusammenzuschließen. Heut am Morgen hätten ihm zwei Herren von der Rechten versichert, daß „der Selbstschutz nicht zum Sturz der demokratischen Verfassung verwendet werden wird".

Weiter behauptet er, daß die einzige Waffe Deutschlands der Gedanke des Rechts und der Freiheit ist. Im Vertrauen auf dieses Recht gibt es was es kann, um das gegebene Versprechen zu erfüllen. Vor sieben Jahren hat ein Ultimatum, daß an Serbien gerichtet war, das größte Unglück der Welt heraufbeschworen. Deutschland hat aber versprochen, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Das deutsche Volk hat großes geleistet; aus tausend Wunden hat es geblutet; tausend Narben hat es davongetragen. Einige sind schon geheilt. Zwei große Wunden aber bluten nach, das Rheinland und Oberschlesien.

Die Sanktionen sind der Höhepunkt des Unrechts; sie öffnen an der neuen Zollgrenze dem Schiebertum Tür und Tor und schaffen Luxuswaren ins Land, deren Bezahlung besser für die Reparation verwendet werden sollte. (Daß diese Waren im Lande beschlagnahmt werden könnten, daran hat er wahrscheinlich noch nicht gedacht.)

Aber die schmerzlichste Wunde am deutschen Volkskörper ist Oberschlesien, dieses Kleinod des deutschen Vaterlandes (Oberpodolien). Noch ist es unser und muß unser bleiben — sagt Dr. Wirth. Wir lassen Kopf und Hände über diesem Lande noch nicht sinken. Heute der Tag soll zeigen, daß wir im Namen des Rechts, der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechts der Völker Anspruch auf dieses Land erheben.

Nachdem er die Grundsätze dieses Rechts in der Art und Weise, wie es Urbanek und Quester tun, erläutert und Korfanty mit seiner „Diktatur einiger Räuberbanden" einen Stoß versetzt hat, spricht Dr. Wirth folgenden Satz aus:

„Wenn die Diktatoren in Oberschlesien und die Interalliierte Kommission ein Verschulden haben, so ist es eben das, daß sie nicht fähig sind, deutsches Land zu verwalten." (Langanhaltender Beifall.)

Durch diesen Erfolg angespornt, hat er nun ganz in der Rolle des Agitators Urbanek fortgesetzt. Hatte Oberschlesien in den sieben Jahrhunderten Anlaß zu Beschwerden über Dinge, wie sie sich jetzt in acht Wochen ereignet haben? Zwar, manches war zu bessern bei uns, aber ein jeder konnte für sich in Anspruch nehmen, als freier Bürger in Sicherheit des Gutes und Lebens zu hausen. Wenn jedoch von Banditen über das Eigentum verfügt wird, so ist das das Ende der Kultur. Wir verlangen im Namen des Rechtes und der Gerechtigkeit, daß die oberschlesischen Verbrecher nicht aufs neue Gelegenheit erhalten, unsere Landesbrüder zu knechten und niederzuschlagen wie tolle Hunde. (v. Goltz, Ehrhard, Kapp, Littwitz, Aulock, Hörsing, Höltz und andere Stützen der Ordnung hat Dr. Wirth wohl vergessen.)

Er begreift wohl die Freude der Feinde, die das Rheinland besetzt haben, aber sie dürften doch die Landsleute des Renders nicht ohne Schutz lassen. Diesen Schutz haben ihnen in Oberschlesien die Italiener gewährt, wofür die oberschlesische Bevölkerung ihnen zum Dank die Särge der Gefallenen mit Blumen bekränzt hat. Er freue sich auch, daß aus England Unterstützung für Oberschlesien eingetroffen ist. Die größte Dankbarkeit entsendet aber das deutsche Volk gegenüber dem oberschlesischen Selbstschutz. Der Selbstschutz dachte an keine Reaktion, sondern ist mutig in den Kampf gegangen. Nicht die Reaktion, sondern Liebe zum deutschen Volk hat die Tapferen von Annaberg emporgetragen, bis sie das Bollwerk des Feindes in ihrer Hand hatten.

An ihren Gräbern, wie an denen des Weltkrieges, sinken wir in die Knie und gedenken ihrer Taten, aber dann wollen wir wieder vorwärts zu neuer Arbeit eilen und zu neuer Freiheit. Hat die Regierung genug getan, um Oberschlesien zu helfen? — werdet Ihr fragen. Hat der Berliner Regierung genug getan, um den oberschlesischen Gedanken in der Welt zu verbreiten? Glauben Sie, daß in den letzten Monaten nicht fieberhaft gearbeitet wurde? Glauben Sie, daß unsere Hände untätig waren, um in Oberschlesien tätig einzugreifen? Glauben Sie, daß in persönlichen Rücksprachen hundertfältiger Art mit Vertreten der verbündeten Mächte nicht darauf hingewiesen wurde, daß das Schicksal Oberschlesiens eng mit dem Deutschen Reich verbunden ist? Unsere Botschafter in Rom, Paris und London sind seit Monaten tätig, um den oberschlesischen Brüdern bei den Staaten der Welt nützlich zu sein. Mit der Waffe in der Hand kann unser Schicksal hier mitten in Europa nicht entschieden werden. Aber so wenig wir Europa mit Waffen beunruhigen können, so wenig können wir uns ruhig den Hals abschneiden lassen. Jede Kreatur, jedes Tier und jeder Mensch kann sich bei Bedrohung von Heimat, Haus, Hof und Kind wehren. Das Schicksal Oberschlesiens ist das Schicksal unseres ganzen Vaterlandes!

Der Kanzler erzählt dann weiter, daß er den französischen Botschafter vor einigen Tagen darauf hingewiesen hat, daß sich „so manche Faust" im Reich ballt, worauf ihm der französische Botschafter erklärt hat, daß Frankreich den Versuch des Deutschen Reiches, die Reichswehr in Oberschlesien einzusetzen, mit der sofortigen Kriegserklärung beantworten würde. Auf die stürmischen Pfuirufe sagte Dr. Wirth, daß sie nichts helfen werden und daß damit die Probleme der europäischen Politik nicht gelöst werden. „Wir müssen die große Linie unserer Politik innehalten, die in der Vergangenheit, wo wir die Macht hatten, freilich unbekannt gewesen wäre; jetzt ist der Gedanke der des Willens zur Gerechtigkeit, des Willens zur Freiheit, des Willens zum großen Gedanken der demokratischen Selbstbestimmung in Europa, der unserem Volke noch die Freiheit retten kann."

Aber in demselben Atemzuge empört sich Dr. Wirth, daß die Entente „auf Wunsch Polens" die Abstimmung in Oberschlesien durchgeführt hat. Und da es für einen jeden klar ist, daß die Abstimmung zugunsten Deutschlands ausgefallen ist, so schließt Dr. Wirth mit der schrecklichen Drohung:

Solange noch der Gedanke der Freiheit einen Klang in der Welt hat, werden die Alliierten niemals das Abstimmungsergebnis aus der Welt schaffen können, niemals wird man zur Tagesordnung darüber übergehen können, denn es ist der Ausdruck des demokratischen Willens, und wer daran rührt, an diesem Selbstbestimmungsrecht des oberschlesischen Volkes, der legt den Keim zu einem neuen großen europäischen Brande, legt wieder den Todeskeim in die europäische Kultur und Zivilisation. Laßt die Finger, rufen wir heut den Alliierten zu, laßt die Finger von dem oberschlesischen Volke und seiner Freiheit. Das ist die Pflicht der Verbündeten und insbesondere der Interalliierten Kommission Oppeln.

Von dieser Kommission sagt er, daß es ihre Pflicht sei, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Die Geschichte wird nicht danach fragen, ob sie sich immer in schönen Uniformen gezeigt haben, sondern ob sie ihre Pflicht als Hüter und Bewahrer des großen Rechtsgedankens erfüllt haben.

Zum Schluß sagt er: Der Gedanke der Selbstbestimmung kann nicht aus der Welt geschafft werden. Das oberschlesische Volk hat gesprochen, seinen Ruf wollen wir heute stützen, indem wir dem oberschlesischen Volke die Hand reichen, wollen den Ruf erweitern zum großen deutschen Chor, zum Chor eines Volkes, das wohl gebeugt, aber nicht verzweifelt ist. Wir wollen mit der preußischen Staatsregierung besorgt sein, die Wunden rasch zu heilen, wir wollen in Dankbarkeit anerkennen, was dort Großes geleistet worden ist an Heldenmut, an Ausdauer, an Gottvertrauen und Vertrauen zum deutschen Vaterlande.

„Von dem Bundesstaat Oberschlesien hat der Reichskanzler vergessen zu sprechen, dagegen hat er eine große Liebe und Eintracht aller deutschen Volksstämme angekündigt, die auch Oberschlesien zum Wohle gereichen wird.

Die Rede des deutschen Reichskanzlers Dr. Wirth hat sehr an die Reden der Alldeutschen und Hakatisten erinnert. Seine Bestrebungen sind uns nichts neues. Neu ist uns dagegen, **daß er** wenigstens einmal sein wahres Gesicht gezeigt hat.

Aus seiner Rede konnten wir folgendes feststellen:

1) Herr Wirth spricht lediglich davon, daß Deutschland sich die größte Mühe gibt, um seinen Verpflichtungen nachzukommen, da es durch das Londoner Ultimatum dazu gezwungen ist; er erinnert dagegen mit keinem Wort daran, daß sich diese Verpflichtungen aus dem Versailler Friedensvertrag ergeben. Mit anderen Worten, der deutsche Reichskanzler Dr. Wirth erkennt nur die Verpflichtungen an, die er unterzeichnet hat. Zur Erfüllung der übrigen werden wahrscheinlich neue Drohungen und neue Sanktionen notwendig sein.

2) **Dr. Wirth erkennt den Versailler Friedensvertrag insbesondere hinsichtlich Oberschlesiens nicht an. Entgegen den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages macht er in der ganzen Welt Propaganda für den Verbleib ganz Oberschlesiens bei Deutschland.**

3) Aalglatt in Paris ist Dr. Wirth unter seinen Landsleuten ebenso ein Teutone wie die ärgsten Konservativen. Er belehrt die Entente, wie sie deutsches Land verwalten soll, welchen Unsinn sie am Rhein begangen hat und daß es ihre Pflicht ist, Hüterin des deutschen Rechtsgedankens zu sein.

4) **Vor allem aber drängt Dr. Wirth ebenso wie die Alldeutschen zu einem Kriege für den Fall, daß Oberschlesien zu Polen kommen sollte. Man kann daher annehmen, daß, wenn sie Oberschlesien erhalten werden, sie noch mehr zu einem Kriege drängen werden, um sich die verloren gegangenen Provinzen zurückzuholen.**

Man kann also Dr. Wirth nicht allzu sehr vertrauen. Er spricht anders und er handelt anders.

(P. P.)

Ein mißlunger Provokationsversuch der polnischen Funktionäre in Oppeln.

(„Szandar Polski", Gleiwitz, vom 13. Juli 1921 Nr. 157.)

Aus Hindenburg hat sich eine polnische Kommission nach Oppeln begeben, um der Interalliierten Kommission reichhaltiges Material mit dem Klagen der polnischen Bevölkerung des Kreises Hindenburg zu übergeben. Auf Bitten stellte der Kreiskontrolleur das Koalitionsauto der Delegation zur Verfügung. Nach ihrer Ankunft in Oppeln wurde sie von Stoßtruppe überfallen, die vor dem polnischen Konsulat eine Demonstration veranstalteten. Die englischen und französischen Truppen stellten die Ordnung wieder her. Der französische Untersuchungsrichter, der sich nach dem Konsulat begab, wurde von der Menge ausgehandelt. Es ist dies wieder ein neuer Ueberfall auf die Polen und einen Koalitionsbeamten unter den Augen der Koalitionsbehörden in Oppeln. Die Deutschen haben wieder bewiesen, daß sie keinen Frieden wünschen, und daß sie sich in

weiterer Folge auf die Koalitionsvertreter stürzen. **Die Koalitionsbehörde müßte endlich begreifen, daß sie die Polen nicht unter preußischer Herrschaft belassen darf, denn auf diese Weise würde sie die polnische Bevölkerung dem blutdürstigen Preußentum ausliefern.** Die polnische Bevölkerung besitzt das Recht, Sicherheit für sie zu fordern und diese Sicherheit wird sie nur dann erlangen, wenn sämtliche Gemeinden mit einer polnischen Mehrheit entsprechend dem Friedensvertrage Polen angegliedert werden. Die Deutschen mißhandeln die polnische Bevölkerung im Kreise Oppeln in fürchterlicher Weise. Klagen an die Interalliierte Kommission darf man jedoch nicht richten.

(P. P.)

Der Protest der Gleiwitzer Arbeiter gegen die neuen Aufnahmebedingungen zur Arbeit.

(„Sztandar Polski", Gleiwitz, vom 13 Juli 1921, Nr. 157)

Die polnischen Arbeiter der Gleiwitzer Werke, die an dem Aufstand teilgenommen haben, erheben Protest gegen das Verlangen der Arbeitgeber wegen Beibringung der ärztlichen Zeugnisse. Außerdem ist Gleiwitz überfüllt von deutschen Stoßtrupplern, die jeden wehrlosen Polen unbarmherzig mißhandeln, so daß niemand in der Lage ist, die Arbeit rechtzeitig aufzunehmen. Nach dem Weltkrieg sind die Arbeiter auch wieder zur Arbeit, ohne daß sie sich vorher einer ärztlichen Untersuchung unterziehen mußten, aufgenommen worden. **Wir erklären, daß wir unter diesen Bedingungen die Arbeit nicht wieder aufnehmen können und bitten daher den Kreiskontrolleur, Schritte zu ergreifen, um unangenehmen Ereignissen vorzubeugen, die sich aus dieser Lage ergeben könnten, wobei wir uns gestatten, unsere Bedingungen zu unterbreiten,** und zwar: Ungültigkeitserklärung der Bedingungen, die von den Arbeitgebern gestellt wurden. Besetzung der in Frage kommenden Fabriken durch Truppen der Interalliierten Kommission, wo ebenso wie in der Stadt die Arbeiter von den Stoßtrupps mißhandelt werden. Die Entfernung und Ausweisung sämtlicher hier nicht ansässigen Personen, desgleichen der Flüchtlinge, da ihrer Rückkehr nach Liquidierung des Aufstandes in die Heimatsorte nichts im Wege steht. Im übrigen gehören die Flüchtlinge meist zu den Orgeschbanden.

(P. P.)

Die kommunistischen Wühlereien, des Organs der Kommunisten, in Oberschlesien.

(„Czerwony Sztandar", Gleiwitz, vom 13. Juli 1921, Nr. 68.)

Es lebe die vereinigte Front des Klassenkampfs des Proletariats!

Eine Klärung der Lage in Oberschlesien wird wohl nicht sobald eintreten. **Die Entscheidung des Schicksals Oberschlesiens durch die Entente ist keine gewöhnliche Entscheidung auf Grund der bei der Abstimmung abgegebenen Stimmen.** Wenn es sich nur darum handeln würde, so wäre die oberschlesische Frage schon längst entschieden. Die bürgerlichen Diplomaten brauchten dann nur einen Bleistift in die Hand zu nehmen, auszurechnen, wieviel Gemeinden für Polen und wieviel für Deutschland gestimmt haben und dementsprechend die Teilung Oberschlesiens durchführen.

Aber es handelt sich nicht um die Stimmen der Bevölkerung, die für die Bourgeoisie immer nur eine Dekoration sind. Es handelt sich auch nicht darum, ob Oberschlesien polnisch oder deutsch ist. Dem Kapitalismus geht es gar nicht um die Befreiung der oberschlesischen Bevölkerung, sondern es geht ihm um die oberschlesische Kohle und das oberschlesische Eisen. Und gerade aus diesem Grunde bereitet die Entscheidung der oberschlesischen Frage der Bourgeoisie so große Schwierigkeiten. Denn dort, wo es sich um die Gewinne handelt, herrscht unter den Kapitalisten immer Hader.

Die beliebteste Methode der Entscheidung von internationalen Streitigkeiten ist für das Kapital der Krieg.

Der Starke muß dem Schwachen gehorchen und ihm untertan sein. Das ist der oberste Grundsatz der kapitalistischen Gerechtigkeit. Die Erfahrungen des Weltkrieges haben aber gelehrt, daß jeder neue Krieg mit einer Revolution droht.

Die Lage der Arbeiterklasse ist heut unerträglich Im Schoße dieser Arbeiterklasse schlummern unerschöpfliche revolutionäre Kräfte. Ein neuer Krieg könnte mit Leichtigkeit ihren Ausbruch verursachen.

Daher macht das internationale Kapital die größten Kraftanstrengungen, um die aneinanderstoßenden Interessen der kapitalistischen Räuber zu versöhnen, — um „irgendeine" Lösung der oberschlesischen Frage zu finden, die beide Parteien „zufriedenstellen" würde.

Da es aber sehr schwierig ist, die sich in den Haaren liegenden Kapitalisten zu versöhnen, so schiebt das internationale Kapital die Entscheidung der oberschlesischen Frage immer wieder hinaus.

Andererseits begreifen die polnischen und deutschen Kapitalisten sehr gut, daß das internationale Kapital den Krieg fürchtet. Und obgleich sie ihn in gleichem Maße fürchten, so versuchen sie doch, durch Drohungen mit dem Kriege Vorteile für sich zu gewinnen.

Das ist der eigentliche Grund der nationalistischen und kriegerischen Hetzen, deren Zeugen wir gegenwärtig in Oberschlesien sind.

Wer aber mit dem Revolver spielt, der kann leicht einen Schuß verursachen. Ebenso kann es von den Kriegsdrohungen mit Leichtigkeit zu einem Kriege kommen. Wir leben daher ständig im Zeichen des Kriegsgespenstes.

Was soll das Proletariat in seiner Lage anfangen?

Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß der Krieg eine schreckliche Niederlage für das oberschlesische Proletariat sein wird. Der Streit der entzweiten kapitalistischen Räuber würde mit unserem Blut entschieden werden. Die Erfahrung lehrt uns aber, daß das einzige Mittel, das einen Krieg verhüten kann, nur die revolutionäre Haltung des Proletariats ist. Nur das geschlossene Vorgehen der Arbeiterklasse kann ein neues Verbrechen der Kapitalisten vereiteln.

Die Kapitalisten wissen sehr gut, daß das einzige Hindernis für ihre Politik die Solidarität der Arbeiter ist. Und daher versuchen sie, sie um jeden Preis zu zerstören. Sie rufen unter den Arbeitern nationale Streitigkeiten hervor und hetzen die deutschen Arbeiter gegen die polnischen und die polnischen gegen die deutschen.

Diesem Hetzen muß das Proletariat ein Ende machen. Gegen die Sprengung der geschlossenen Front der Arbeiter muß sich das ganze oberschlesische Proletariat erheben. Die Aufgabe des Tages ist die Schaffung einer einheitlichen Klassenfront gegen die Politik des Kapitals. Nur die Bildung solch einer Front kann uns vor der schrecklichen Niederlage bewahren, die uns das Kapital bereitet.

Die Bildung einer einheitlichen Arbeiterfront kann nur in der einen Weise erfolgen: durch den energischen Kampf gegen die nationalistische Hetze und durch die sofortige Aufnahme des Klassenkampfes um das bedrohte Dasein der Arbeiter. Es ist daher ein Gebot des Augenblickes, daß ein Kongreß der Betriebsräte ganz Oberschlesiens einberufen wird.

Der Kongreß wird die durch die Nationalisten gesprengten Reihen der Arbeiter wieder vereinen Der Kongreß wird die oberschlesischen Arbeiter unter der Parole des Klassenkampfes gegen die Ausbeuter, des Kampfes um die Befreiung aus der Sklaverei der Bourgeoisie vereinen.

Eine Vereinigung der oberschlesischen Arbeiter werden bestimmt die Sozialisten beider Lager, die deutschen und die polnischen, zu verhindern suchen. Sie werden daher ihren Betriebsräten befehlen, sich der Einberufung der Konferenz mit allen Kräften zu widersetzen.

Die oberschlesischen Arbeiter müssen daher auch den Kampf gegen die sozialen Nationalisten aufnehmen. Ein Betriebsrat, der in solch einem für das Arbeiterproletariat ernsten Augenblick die nationalistische Politik des Kapitals unterstützt und die Einheit des Proletariats zerstört, — solch ein Betriebsrat muß gehen.

An seine Stelle müssen die Arbeiter revolutionäre Betriebsräte wählen, die die Arbeiterinteressen verteidigen, sie nicht aber in Gemeinschaft mit der Bourgeoisie verraten.

Mögen sich daher alle klassenbewußten Arbeiter erheben. Mögen sie dem nationalistischen Hetzen des Kapitals ihre unzertrennbare Einheit gegenüberstellen! (P. P.)

Die Ungeduld der Polen betreffs der Beschlußfassung des Obersten Rates in der Angelegenheit Oberschlesiens.

(„Gazeta Ludowa", Kattowitz, den 12. Juli 1921, Nr. 155.)

Kaum ist der Aufstand liquidiert worden, kaum haben sich die Gemüter in der Hoffnung, daß die oberschlesische Angelegenheit endlich erledigt werden wird, beruhigt, so tauchen wieder neue Nachrichten auf, welche nicht nur die oberschlesische Bevölkerung, sondern alle Staaten in Aufruhr versetzen können. Vor allem betrifft das Polen, welches in dieser ganzen Angelegenheit am meisten interessiert ist.

Wir wollen im Folgenden kurz die Tatsachen angeben, welche die Beunruhigung aufrecht erhalten und auf dem politischen und wirtschaftlichen Gebiete üble Folgen nach sich ziehen können. Es handelt sich um Millionen von Menschen, deren Schicksal und Interessen mit einer möglichst schnellen Erledigung der oberschlesischen Frage verbunden ist. Nachrichten aus London und Paris brachten uns die angeblich frohe Kunde, daß die Entscheidung des Obersten Rates, welche am 15. Juli fallen sollte, ganz bestimmt für den 20. d. M. zu erwarten sei. Einige Tage später erzählte man uns, daß die Entscheidung um den 25. Juli oder auch etwas später fallen würde. Von dem Rapport der J. K. in Oppeln erzählte man, daß er am 10. Juli fertig sein würde; gestern hingegen brachte man die Mitteilung, daß er am 17. Juli vorgelegt werden würde. Doch damit nicht genug. **Die Londoner „Times" teilt mit, daß England überhaupt noch keine Einladung zur Beteiligung an der Konferenz des Obersten Rates erhalten habe und daß man nicht wisse, wann der Oberste Rat zusammentrete. Einen Tag später, am 6. Juli, brachte „Echo de Paris" die Nachricht, daß die Sitzung des Obersten Rates nicht im Juli, sondern erst in der ersten Hälfte des August stattfinden werde.**

Das alles zeugt davon, daß die endgültige Regelung der oberschlesischen Angelegenheit, und was darauf folgt, die Beruhigung der oberschlesischen Bevölkerung, von neuem auf eine **unbestimmte Zeit hinausgeschoben worden sei.**

Es gibt verschiedene Gründe für diese Hinausschiebung. Der Hauptgrund besteht augenscheinlich in der Uneinigkeit unter den Großmächten. Wir glauben den Versicherungen Briands, daß England sich in der oberschlesischen Angelegenheit dem französischen Vorschlag genähert habe, **die Annäherung sei aber nicht so groß, daß diese bei den Großmächte neine einmütige Entscheidung herbeiführen könnten. Dazu kommt noch die Regierungskrisis in Italien, welche die ganze Aktion, die vor zwei Wochen bereits infolge der Verständigung zwischen Frankreich und Italien für Polen günstig war, von neuem hinausgeschoben hat. Betreffs der neuen italienischen Regierung brauchen wir in der oberschlesischen Angelegenheit nicht mißmutig zu sein.** Die neue italienische Regierung unterscheidet sich von der alten Regierung in keinem Punkte. Die französische Presse hat die Nachricht von der Uebernahme der Regierung in Italien durch Bonomi und Della Torretta sehr günstig aufgenommen. **Diese beiden Staatsmänner sind als Freunde Frankreichs bekannt, und sie werden sicherlich den französischen Vorschlag in der oberschlesischen Grenzregulierung unterstützen.**

Die Lage ist so, daß beim guten Willen aller Ententemächte der Oberste Rat tatsächlich in den nächsten Tagen, wie es anfangs geplant war, zusammentreten und die Entscheidung treffen kann. Das italienische Kabinett hat sich bereits konstituiert und der oberschlesische Aufstand ist liquidiert.

Wenn sich trotz alledem die Angelegenheit verzögert, so muß es einen anderen Grund dafür geben. Der erste Grund besteht jedenfalls hauptsächlich in dem unklaren Standpunkt der J. K. in Oppeln, welche ihre Vorschläge noch nicht vorgelegt hat. Wie man weiß, wird der Oberste Rat den Vorschlag der J. K. nur dann bestätigen, wenn er einmütig gefaßt ist. Im anderen Falle müßten die Großmächte einen anderen Ausweg schaffen, um diese Angelegenheit endlich einmal zu beenden. Worin besteht nun der Grund dafür, daß die Interalliierte Kommission bis jetzt noch nicht imstande war, den Vorschlag entsprechend zu bearbeiten? Wahrscheinlich sind daran die Vertreter der interalliierten Mächte schuld, welche immer Einzelvorstellungen machen, sich aber im Grunde nicht einigen können. **Vor allem ist der Standpunkt Englands daran schuld, welches sich dem französischen Projekt nähert, tatsächlich aber dasselbe bekämpft. Zum Glück sind aber die Aussichten Englands in der letzten Zeit schlechter geworden. Heut denkt nicht mal Lloyd George mehr daran, Polen nur die beiden Kreise Rybnik und Pleß zuzuteilen. Schließlich wird sich England mit dem französischen Projekt einverstanden erklären müssen, welches (was wir hier als wahrscheinlich feststellen wollen) doch noch, vielleicht zu unseren Ungunsten, geändert wird. Dieses hängt von der Stellungnahme der neuen italienischen Regierung ab.**

Briand bleibt uns auf jeden Fall treu, dessen sind wir sicher. Noch in der letzten Freitagsitzung der Liga der Freunde Polens versicherte er, daß der Bericht der J. K. in Kürze fertiggestellt sein werde, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Teilung Oberschlesiens zugunsten Polens ausfallen wird.

Früher oder später müssen nun unsere gerechten Forderungen berücksichtigt werden. Hier handelt es sich tatsächlich darum, daß die Entscheidung möglichst schnell falle. **Wissen denn die Großmächte, was für eine große Gefahr sie für Oberschlesien heraufbeschwören würden, wenn die endgültige Entscheidung noch weiter hinausgeschoben werden sollte?**

Die oberschlesische Bevölkerung verlangt die sofortige gerechte und definitive Erledigung ihrer Angelegenheit. Das ist die einzige Möglichkeit zur Herbeiführung des Friedens und der Ordnung in Oberschlesien. (P. P.)

Kurze Nachrichten.

Die Zustände an der Posener Universität.

(„Naród", Warschau, vom 8 Juli 1921, Nr. 180.)

In der Posener Universität hat sich in den letzten Tagen ein Fall ereignet, der den wachsamen Augen der öffentlichen Meinung nicht entgehen dürfte. Eines Tages erschien beim Dekan der juristischen Fakultät ein Student und legte ihm zwei Bücher vor: das eine war ein soeben erschienenes wissenschaftliches Werk des a. o. Professors der Posener Universität Dix, das andere — ein Buch identischen Inhalts irgendeines deutschen Gelehrten. **Es stellte sich heraus, daß der Professor der Posener Universität ein gewöhnliches Plagiat begangen hat: er hat das deutsche Werk übersetzt und es als sein eigenes ausgegeben. Der Professor wurde unverzüglich seines Postens enthoben und die ganze Angelegenheit dem akademischen Senat überwiesen.**

An derselben Universität nahm sich in dem Lokal des romanistischen Seminars durch einen Revolverschuß Dr. Orlowski das Leben, der über die neueste französische Literatur las. **Er soll Selbstmord begangen haben, weil er nicht zum ordentlichen Professor ernannt worden ist.** Prof. Orlowski war einer der hervorragendsten polnischen Romanisten und war bei der akademischen Jugend sehr beliebt.

(P. P.)

Die Ueberhandnahme des Militarismus in Polen.

(„Naród", Warschau, vom 10 Juli 1921, Nr. 182.)

Der polnische Kriegsminister Sosnkowski hielt an die anwesenden Sokolvereine aus Anlaß des Sokol-Kongresses in Warschau folgende Ansprache: **Es ist notwendig, daß jeder Pole schon vor der Einberufung zum Heeresdienst ein guter Schütze ist und mit Handgranaten umzugehen versteht, und möglichst viel von den Kenntnisse besitzt, die ein Kampf in der Neuzeit erfordert.** Dies geschieht heute schon in Frankreich und England und **umsomehr muß dies bei uns Polen der Fall sein. Ich, Kriegsminister, der ich für die Verteidigung des Staates verantwortlich bin, muß ich eine derartige Mitarbeit vom Volke fordern. Die Armee wird jede militärische Erziehungsorganisation unterstützen und damit einverstanden sein, daß die Leitung militärische Stellen übernehmen.** Die nationale Armee rechnet mit dem Patriotismus, der Begeisterung und der erprobten Tüchtigkeit der polnischen Sokols.

Die Taktik der polnischen sozialistischen Partei gegenüber der polnischen Regierung.

(„Robotnik," Warschau, vom 7. Juli 1921, Nr. 179.)

Im Kongreß des Arbeiterrates der Polnischen Sozialistischen Partei wurde festgestellt, **daß die P. P. S. bei der gegenwärtigen Gruppierung der Kräfte im Landtage nicht in die Regierung eintreten kann. Die P. S. P. nimmt gegenüber der Regierung Witos eine grundsätzliche Oppositionsstellung ein, wobei sie kein Programm dieser Regierung für demokratische Reformen besitzt.** Die Resolutionen wurden noch ergänzt durch die Resolution des Genossen Niedzialkowski, die folgenden Wortlaut hat: **Die P. P. S., die prinzipiell in die Opposition gegen jede bourgeoise Regierung tritt, also auch gegen das gegenwärtige Kabinett, schließt keinerlei Kompromisse mit anderen Parteien und führt im Landtage einen vollen selbständigen Kampf. Die Politik der Bourgeoisie, die sich in Polen breit macht, so sagt Genosse Saremba, die die Absicht hat, die Hauptlasten des wirtschaftlichen Lebens auf die Arbeiterklasse abzuwälzen, um die Städte auf dem Wege des freien Handels auszuhungern, die Politik der Verfolgung der freien Arbeiterbewegung, der Demoralisierung und der Willkür der Verwaltungsbehörden, die Breitmachung der Klerikalen und der Rückschrittler, die Politik der Auflösung und des Finanzkraches des Staates muß der Arbeiterklasse den sozialistischen Gedanken und die vereinigte sozialistische Front entgegenstellen. Angesichts dessen stellt der 18. Kongreß der P. P. S. fest, daß nur eine internationale, soziale Revolution und die Erlangung der Regierungsgewalt durch das Proletariat der Niederlage des Kapitalismus und der Auflösung ein Ende zu bereiten vermag und den Weg zur Realisierung des Sozialismus öffnet.**